

Protokoll

Sitzung Nr. 8
 Datum **Mittwoch, 19. Oktober 2011**
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 23.00 Uhr

Vorsitz	Martin Kocher	SP 1
1. Vizepräsident	Hans Peter Baumann	SVP 1
StimmenzählerIn	Klaus Jost	SVP 1
	Nicole Zeiter	SP 1
Mitglieder	Markus Dietiker	
	Hannah Einhaus	
	Reto König	
	Beat Nydegger	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Peter Traber	
	Elisabeth Wendelspiess	SP 7
	Peter Bähler	
	Marianne Baumann	
	Markus Burren	
	Marianne Pfister	
	Bettina Ritter	SVP 5
	Heinz Buser	
	Adrian Gehri (ab 20.40 Uhr)	
	Ralph George	
	Reto Hämmig	
	Patrick Heimann	
	Urs Julmy	
	Markus Lötscher	
	Patric Magnani	
	Johanna Thomann	FDP 9
	Thomas Ackermann	
	Susanne Meierhans	CVP 2

	Notta Arn-Wiedmer Pierre-Yves Crettenand Roland Stucki	EVP 3
	Anne-Lise Greber-Borel Peter Kofel Marceline Stettler Bruno Vanoni	GFL 4
	Toni Oesch	FdU 1
		35
Abwesend	Hans Ulrich Dubler Elisabeth Aebi	SVP 2
	Annemarie Zingg	EVP 1
	Denise Mellert	CVP 1
	Christoph Merkli	GFL 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Mirjam Veglio Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Sabine Huber-Spari Edgar Westphale	
Beigezogen	Daniel Bichsel, Finanzverwalter, zu Traktanden 71 und 72	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	26 (+ 2 Medien)	

Geschäfte

70	Pro Protokoll Protokoll vom 14. September 2011	209
71	1.7.2 Politikplan Politikplan 2012 bis 2016	209
72	25.201. Voranschlag (Zustandekommen) Voranschlag 2012.....	215
73	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Peter Traber "Günstiger Wohnraum in Zollikofen"	239
74	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Gasversorgung im Einklang mit energiepolitischen Vorgaben?"	240

GROSSER GEMEINDERAT
Der Präsident Der Sekretär

Der Protokollführer

Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse euch zur Oktober-Sitzung des Grossen Gemeinderates. Speziell begrüsse ich zur heutigen Sitzung unseren Finanzverwalter Daniel Bichsel, welcher zu den Traktanden 71 und 72 als Sachverständiger beigezogen ist.

Heute Abend wohnt unseren Verhandlungen auch eine ungewohnt grosse Anzahl an Gästen bei. Mehr als wir normalerweise gewohnt sind. Dies ist erfreulich. Daher ist es heute sehr wichtig, dass die Rednerinnen und Redner ihre Voten ungestört und frei von Nebengeräuschen halten können. Ich habe ein Demissionsschreiben von Hannah Einhaus aus der SP Fraktion erhalten. Ich lese ihr Schreiben vor: "Ich reiche mit diesem Schreiben meinen Rücktritt aus dem GGR ein. Ich muss das Mandat aus beruflichen Gründen niederlegen und zwar per 31. Dezember 2011. Mein Arbeitgeber, ein Medienunternehmen, fordert von der Redaktion neu eine vollständige Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Bindungen. Dazu gehören auch Legislativ- oder Exekutivämter. Ich bitte um Verständnis." Liebe Hannah, dieses Verständnis bringen wir selbstverständlich auf. Für deine konstruktive Mitarbeit im GGR aber auch in der GPK danken wir dir bestens und wünschen dir für die Zukunft alles Gute.

Ich komme zu den Entschuldigungen: Es haben sich entschuldigt: Adrian Gehri von der FDP Fraktion, Hans Ulrich Dubler und Elisabeth Aebi von SVP Fraktion und Annemarie Zingg von der EVP Fraktion, Denise Mellert von der CVP und Christoph Merkli von der GFL Fraktion.

Ich stelle fest, dass 34 Ratsmitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Auf euren Pulten findet Ihr die Einladung zum Informationsanlass "Jetzt - energietisch modernisieren" vom 1. November 2011. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Am 9. und 10. März 2012 findet das 7. Politforum im Kultur- und Kongresszentrum Thun statt. Es steht unter dem Motto "Gemeinden unter Druck – Wann kommt es zum Kollaps?". Ich hoffe in Zollikofen noch lange nicht. Da wir nicht 40 Borschüren erhalten haben, sind einige vorne bei der Unterschriften-Liste aufgelegt. Wer interessiert ist, kann sich gerne bedienen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Präsident: Gibt es Mitteilungen aus dem Gemeinderat?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Wir haben anlässlich der letzten Sitzung des Parlamentes, insbesondere durch Hans-Jörg Rhyn, den Auftrag erhalten, schriftlich bei den zuständigen Bewilligungsbehörden des Bundes und bei der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) zu intervenieren und das Vorlegen eines Sicherheitsgutachtens hinsichtlich des Kraftwerkes Mühleberg zu verlangen. Wir haben ein entsprechendes Schreiben an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) verfasst und auch eine Antwort erhalten. In diesem Schreiben, welches von Frau Bundesrätin Doris Leuthard unterzeichnet wurde, wird ausgeführt, dass das UVEK nicht die zuständige Stelle ist, sondern die BKW. Das Schreiben hat aber bewirkt, dass die BKW den Gemeinderat eingeladen hat am 21. November 2011 direkt im Kernkraftwerk Mühleberg über dieses Thema zu diskutieren.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Ich habe drei Mitteilungen bekannt zu geben. Wir wurden diese Woche vom Regierungsstatthalteramt über das Projekt Tempo 30 beziehungsweise

die hängigen Beschwerden informiert. Der Entscheid des Regierungsstatthalters lautet: " Wir erachten in der Sache Versetzung des Fahrverbotes", hier geht es darum die Schäfereistrasse für den Verkehr zu öffnen, "und den damit verbundenen Mehrverkehr als zumutbar, weil durch die gleichzeitige Einführung von Tempo 30 eine allgemeine Verkehrsberuhigung eintreten werde. Die Schäfereistrasse sei übersichtlich und lasse das Kreuzen von Fahrzeugen zu." Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen beim Verwaltungsgericht Beschwerde geführt werden. Wir verfügen in dieser Sache nun endlich über einen Entscheid und wenn dieser nicht angefochten wird, könnten wir die entsprechenden Massnahmen endlich umsetzen. Die Sicherheitskommission hat eine Arbeitsgruppe gegründet. Diese hat den Auftrag erhalten, die entsprechenden Reglemente zu überarbeiten. Ausschlaggebend hierfür war, dass mit "Police Bern" die Gemeinde über kein eigenes Polizeikorps mehr verfügt. Somit müssen wir das Polizeireglement überarbeiten. Wir haben ausserdem im Friedhofreglement und auch im Reglement über die öffentliche Sicherheit Handlungsbedarf ausgemacht. Diese Anpassungsarbeiten werden in einem grösseren Projekt münden und uns eine Zeitlang beschäftigen. Wenn wir schon so viele Feuerwehrleute als Gäste begrüessen dürfen, möchte ich gerne auf die Hauptübung der Feuerwehr von kommendem Samstag hinweisen. Wer vorbeikommen möchte ist herzlich eingeladen. Treffpunkt ist um 13.40 Uhr beim Parkplatz des Restaurants Kreuz.

Präsident: Weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Wir kommen nun zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

70 Pro Protokoll

Protokoll vom 14. September 2011

Präsident: Gibt es Bemerkungen oder Ergänzungen zum Protokoll vom 14. September 2011? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 14. September 2011 als genehmigt.**

71 1.7.2 Politikplan

Politikplan 2012 bis 2016

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde den Fraktionen sowie den Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Die GPK hat das Wort.

Peter Traber, GPK: Die GPK hat vom Politikplan Kenntnis genommen. Wir haben festgestellt, dass die Lagebeurteilung aus dem Jahre 2009 stammt und deshalb nicht mehr ganz aktuell ist. Wir mussten aber auch akzeptieren, dass die Lagebeurteilung nur jeweils zu Beginn der Legislatur durchgeführt wird. Gleich verhält es sich mit den Kenngrössen unter Ziffer 5. Für uns ist es beispielsweise schwierig nachzuvollziehen, dass für eine Kenngrösse mit dem Titel "Wertvolle Naturräume" auch nach zwei Jahren noch keine Angaben verfügbar sind. Wir haben dies aber zur Kenntnis genommen. Einen Wunsch möchten wir dem Gemeinderat gerne mitgeben. Für neue Mitglieder des GGR ist es jeweils schwierig sich mit dem Politikplan vertraut zu machen. Für solche Fälle erachten wir es als sinnvoll, wenn man eine Lesehilfe zur Verfügung stellen würde.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Wir nehmen die Anregung der GPK gerne entgegen und werden auf das nächste Jahr eine solche Lesehilfe erarbeiten. Nun zum Politikplan. Es handelt sich hierbei um ein Instrument der politischen Führung. Wir arbeiten nun seit 7 Jahren mit diesem Instrument. Bei der Einführung im 2005 waren wir Pilotgemeinde. Heute arbeiten schweizweit 10 Gemeinden mit diesem Führungsinstrument. Darunter sind kleinere aber auch grössere Gemeinden. Ich werde diese kurz aufführen: Ems, Davos, Hausen, Hinwil, Regensdorf, St. Antönien, Wangen-Brüttisellen, Wittenbach und neu die Gemeinde Wynigen. Nun zu den Bemerkungen der GPK betreffend den messbaren Angaben beziehungsweise Kenngrössen zum Zustand der Gemeinde. Die Ziele, welche man mit der Gemeinde am Ende der Legislatur erreichen will, sind immer auf der Seite 6 im Politikplan aufgeführt. Das Modell sieht vor, dass die Angaben alle vier Jahre mit einer Bevölkerungsbefragung überprüft werden sollen. Dies ist bei uns im Mai 2012 der Fall. Nun zur Nachvollziehbarkeit. Seit 2007 erstattet der Gemeinderat im Rahmen des Verwaltungsberichts, Bericht zur Umsetzung der Schwerpunkte. Bei jedem Schwerpunkt wird aufgeführt ob dieser erreicht, teilweise erreicht, noch nicht erreicht oder nicht erreicht wurde. Auch das "Warum" wird aufgeführt. Dieses Reporting führen wir seit 2007 durch.

Präsident: Möchte sich jemand zum Verwaltungs- und Investitionsplan äussern?

Peter Traber, GPK: Ich habe bewusst eine Kenngrösse erwähnt, welche ich im Bericht nicht gefunden habe.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Den Finanz- und Investitionsplan haben sie alle erhalten, ich möchte lediglich auf einige markante Punkte aufmerksam machen. Es ist festzustellen, dass dieser für die Zukunft nicht allzu gut aussieht. Im Finanz- und Investitionsplan sind Schwankungen vor allem im Bereich der Investitionen enthalten, welche nicht anstrebenswert sind aber nicht zu verhindern waren. Dies aufgrund von politischen Einflüssen aber auch aufgrund von Projektänderungen, welche nun ihre Wirkung auf diese Planperiode ausstrahlen. Ab 2013 haben wir mit einer Steuererhöhung von einem Zehntel gerechnet. Ansonsten wären die Ausgaben nicht mehr finanzierbar gewesen. Wir hätten den laufenden Haushalt fremd finanzieren müssen. Das heisst: Wir müssten Kredite aufnehmen, damit wir beispielsweise Bürobedarf einkaufen könnten. Es wäre ein ganz schlechtes Zeichen, wenn dieser Fall eintreten würde. Darauf habe ich hier schon mehrmals hingewiesen. Diese Praxis würde über eine längere Phase zum finanziellen Kollaps der Gemeinde Zollikofen führen. Dank genügend Eigenkapital und dem Umstand, dass wir in den letzten Jahren die Schulden stark abbauen konnten, was darin gipfelt, dass die Laufende Rechnung mit weniger Schuldzinsen belastet wird, gibt es auch positive Signale. Bei den Spezialfinanzierungen sieht es ähnlich aus. Beim Gas verfügen wir über zu grosse Reserven. Damit diese in einem vernünftigen Rahmen abgebaut werden können, werden wir den Gaspreis senken. Das Pendant zum Gas ist das Abwasser. Hier werden wir massiv reagieren müssen. Im Moment können wir aber noch nichts machen, da das Abwasserreglement überarbeitet werden muss. Es müssen Alternativen gesucht werden, damit wir hier nicht massiv in die Schulden kommen. Die Selbstfinanzierung muss ausgeglichen sein. Dies sind meine wichtigsten Bemerkungen zum Finanz- und Investitionsplan. Bei Fragen, Bemerkungen und Anregungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Präsident: Nun besteht die Gelegenheit für allgemeine Bemerkungen. Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Urs Julmy, FDP: Die FDP Fraktion hat den Politik- und Finanzplan studiert und möchte sich heute Abend insbesondere zum Finanz- und Investitionsplan äussern. Wir möchten drei Anmerkungen anbringen. Wir schätzen es sehr, dass die Unterlagen wie gewohnt rechtzeitig und in ausgezeichneter Qualität vorgelegt sind. Die Fragen der Fraktion sind vollständig und sehr kompetent beantwortet worden. Wir möchten uns bei den Verantwortlichen der Gemeinde für die geleistete Arbeit bedanken. Wir haben eine Bemerkung zur Laufenden

Rechnung. Wie vorhin gehört, ist Kurt Jörg diesbezüglich sehr vorsichtig. Dies liegt auch in der Natur seiner Position. Hier sind wir ein wenig kritischer. Der Finanzplan impliziert eine Steuererhöhung und soll immer noch negativ sein. Wir sind der Meinung, dass dies etwas gar pessimistisch ist. Dazu möchte ich ein kleines Beispiel vorbringen: Ihr habt alle die Abschlussprognose für dieses Jahr erhalten. Man kann sehen, dass sich die Steuereinnahmen für dieses Jahr auf rund 22.7 Mio. Franken belaufen werden. Dies entspricht etwa dem budgetierten Wert des Jahres 2012, welcher wiederum Basis ist für die Planungen der Jahre 2013 und 2014. Ich glaube hier sind reichlich Reserven eingebaut, daher kommen wir zum Schluss, dass die Zahlen in der Tabelle für die Zukunft etwas tief geschätzt werden. Wir möchten weiter darauf aufmerksam machen, dass die Flüssigen Mittel gut dotiert sind. Hier gibt es per Ende Jahr Einnahmen von 3 bis 4 Mio. Franken aus dem Verkauf der GGA. Wenn es also trotz allem ein negatives Jahresergebnis gibt, dann müssen wir uns nicht gleich wieder neuverschulden. Wir sind der Ansicht, dass die finanzielle Lage der Gemeinde Zollikofen sehr gut ist. Dies sagen wir eigentlich jedes Jahr. Auch für die Zukunft sieht es unserer Ansicht nach gut aus. Die Ausgaben und Einnahmen stehen in einem gesunden Verhältnis zueinander und sprechen sicher gegen eine Steuererhöhung, wie sie vom Gemeinderat in Aussicht gestellt wurde. Denn gegen eine Steuererhöhung würden wir uns sicher zur Wehr setzen. Nun noch zu den Investitionen. Es fällt auf, dass in der Investitionsplanung, das kann im Investitionsplan auf Seite 8 nachlesen, in den Jahren 2013 und 2014 jeweils Investitionen von gegen 8 Mio. Franken geplant sind. Darauf hat Kurt Jörg auch hingewiesen. Das sind natürlich sehr hohe Beträge und diese machen die Finanzplanung äusserst schwierig. Ich möchte anregen, dass die Investitionen möglichst stetig und kontinuierlich geplant werden. Dies wäre finanzpolitisch einfacher und würde die Transparenz entsprechend erhöhen.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen?

Peter Bähler, SVP: Die SVP Fraktion dankt dem Gemeinderat für das Zusammenstellen des Politikplans. Der Politikplan besteht nicht nur aus dem, was bisher erwähnt wurde, sondern auch aus dem Schwerpunktprogramm und die Folgen daraus schlagen sich dann im Finanzplan nieder. Wie bereits erwähnt wurde, sieht der Finanzplan trotz der eingesetzten Steuererhöhung für die Jahre 2013 bis 2018 fast 8 Mio. Franken zusätzliche Schulden vor. Das sieht düster aus. Das Ziel für die Gemeinde sollte eigentlich sein, das steht auch im Leitbild, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt anzustreben. Somit ist unser einziger Vorwurf, bezüglich dieses Werkes an den Gemeinderat, dass er sich bezüglich Sparen nur auf der Einnahmeseite damit auseinandergesetzt hat. Die Investitionen sind hoch. Man muss aber beachten, dass erfahrungsgemäss nicht alle der vorgesehenen Arbeiten in diesem Zeitraum ausgeführt werden können. In den letzten Jahren konnte man durchschnittlich 70 bis 80 % der Investitionen ausschöpfen. Seltsam ist, dass Fr. 400'000.00 für eine Belagssanierung in der Känelgasse ab 2016 noch eingestellt sind. Diejenigen, welche die Situation kennen, wissen dass dieser Belag bereits ersetzt wurde. Ich weiss nicht, ob dieser Belag in vier Jahren wirklich schon wieder erneuert werden muss. Allenfalls hat man hier schlecht gearbeitet, was ich nicht hoffe. Weiter sind Fr. 490'000.00 für ein Verkehrsmanagement Region Bern Nord im Investitionsplan enthalten. Dies betrifft eine Kantonsstrasse. Nach dem neuen Strassengesetz ist jedes Gemeinwesen für seine Strassen selber verantwortlich und auch die entsprechenden Kosten tragen muss. Ich bin mir bewusst, dass der Gemeinderat diese anfallenden Kosten mitgeteilt bekommen hat, finde es aber seltsam, dass man hier wieder eine Verbundaufgabe schaffen will, obwohl man vor drei Jahren auf Kantonsebene eigentlich das Gegenteil angestrebt hat. Dies auch als Hinweis an die Kantonsparlamentarier. Ebenfalls ist eine Position für die Sanierung der Gemeindebibliothek aufgeführt, hier mache ich auf das entsprechende hängige Postulat aufmerksam. Bezüglich Schwerpunktprogramm war bei uns der Nachhaltigkeitskompass ein Thema, ich habe dies bereits im letzten Jahr hier vorgebracht. Wir würden gerne noch einen weiteren Punkt aufnehmen zu dem sich der Gemeinderat Gedanken machen kann. Man könnte einen Kosten-Nutzen-Faktor für die einzelnen Geschäfte einführen. Man könnte dann erkennen, wie viele Geld pro nutzende Person ausgegeben wird. Das wäre ein Gradmesser für einen effizienten Mitteleinsatz. Abschliessend: Der

Politikplan ist systematisch aufgebaut, nachvollziehbar und die Absichtserklärung des Gemeinderates ist klar. Nicht mehr und nicht weniger. Wenn die im Investitionsplan aufgeführten Geschäfte schliesslich im Parlament behandelt und man erkennt, dass diese keinen Nutzen bringen, sollte man sie auch nicht bewilligen. Somit wird sich spätestens dann die Spreu vom Weizen trennen. Die SVP Fraktion nimmt den Politikplan zur Kenntnis.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Die GFL Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Vorlegen eines nachvollziehbar zusammengestellten Politikplans. Vom Schwerpunktprogramm nehmen wir gerne zur Kenntnis, dass die Gemeinde vorsieht, alle Tempo 30 Zonen im Jahr 2012 umzusetzen. Auch andere Vorhaben aus dem Tätigkeitsprogramm 2012 möchten wir würdigen und unterstützen, so die Einführung des Berner Nachhaltigkeitskompasses, die Realisation der ersten Phase des Wärmeverbundes Zollikofen Nord sowie die weitere Unterstützung des Projektes "Midnight Sports". Bezüglich Finanz- und Investitionsplan ist es uns wichtig, die vorgesehenen Projekte auf Nachhaltigkeit und Verhältnismässigkeit zu prüfen. Trotz der düsteren Aussichten für die nächsten Jahre muss die Gemeinde nicht um jeden Preis sparen und es sollten auch keine generellen Kürzungen getätigt werden. Aus der Abschlussprognose über die Laufenden Rechnung 2011 sehen wir auch, dass sich eine Steuererhöhung nicht rechnet, obwohl sie im Raum steht.

Beat Nydegger, SP: Die SP Fraktion hat den Politikplan studiert und zur Kenntnis genommen. Das ist auch unsere Arbeit. Wir können uns der Kritik und den Anregungen der GPK anschliessen. In unserer Fraktion hat der Finanz- und Investitionsplan für Gesprächsstoff gesorgt. Die Planung der Laufenden Rechnung ist wie immer auf der vorsichtigen Seite. Sie baut nämlich auf dem Budget 2011 auf, in welchem ein Defizit von 1.4 Mio. Franken budgetiert wurde und zeigt trotz Erhöhung der Steueranlage um einen Zehntel im Jahr 2013 durchwegs negative Ergebnisse. Die Rechnung 2011 wird wesentlich besser abschliessen wird als budgetiert. Die Verbesserung beläuft sich auf 1.7 Mio. Franken. Somit wird die Rechnung 2011 sehr wahrscheinlich mit einem Gewinn abschliessen. Aus diesem Grund erachten wir diese Planung als sehr pessimistisch. Ich glaube eher der Variante auf Seite 26 des Finanz- und Investitionsplans. Aber auch hier bin ich der Ansicht, dass diese Planung immer noch zu pessimistisch ist. Problematisch am Investitionsplan ist aber das Investitionsvolumen in den nächsten fünf Jahren. Hierbei handelt sich um folgende Projekte: Neubau der Gemeindeverwaltung im Betrag von 5.25 Mio. Franken, Sanierung der Mehrzweckhalle im Betrag von 3.5 Mio. Franken, Ersatz des Kindergartens Lindenweg im Betrag von 3.4 Mio. Franken aber auch unverhältnismässige hohe Investitionen im Bereich Spezialfinanzierung Abwasser in den Jahren 2013 und 2014, dies kann man den Unterlagen entnehmen. Im Investitionsbereich muss man Prioritäten setzen und die sehen bei der SP wie folgt aus: 1. Kindergarten, 2. Mehrzweckhalle, 3. Gemeindeverwaltung. Persönlich habe ich meine Bedenken bezüglich der Ausgabenhöhe zum Neubau der Gemeindeverwaltung. Nachdem die Sanierung im Betrag von rund 3 Mio. Franken von bürgerlicher Seite als zu teuer abgelehnt wurde und man das Vorlegen einer abgespeckten Variante sowie eine Kostenabblähung für einen Neubau verlangt hat, frage ich mich, ob die geplante Variante eines Neubaus im Betrag von 5.25 Mio. Franken in diesem Parlament eine Chance hat. Ich würde dem Gemeinderat vorschlagen, dass er bei den ablehnenden Fraktionen nachfragt, ob ein Neubau in dieser Kostenhöhe bei Ihnen eine Chance hat, oder ob nicht doch die massvolle Sanierung erfolgreicher wäre. Bei einer erneuten Ablehnung hätte ich Bedauern mit dem Gemeindepersonal. Denn es ist unumstritten, dass die Gebäudehülle saniert werden muss. Wie erwähnt, hat die SP diesen Politikplan zur Kenntnis genommen.

Thomas Ackermann, CVP: Ich werde mich kurz halten und bleibe deshalb auf meinem Platz. Schon wieder erleben wir hier im GGR das gleiche Szenario wie jeweils in den letzten Jahren im Oktober. Einerseits sagt der Finanzplan für das nächste Jahr negative Rechnungsergebnisse voraus, andererseits finden wir in unseren Unterlagen auch die Abschlussprognose der Laufenden Rechnung, welche ein besseres Ergebnis voraussagt als budgetiert worden ist. Das tatsächliche Ergebnis wird wohl noch einmal besser ausfallen. Damit will ich aber keineswegs andeuten, dass der Finanzverwalter und sein Team unseriös arbeiten. Die CVP

Fraktion ist überzeugt, dass der Finanzverwalter und sein Team sogar sehr sorgfältig und gewissenhaft arbeiten. An dieser Stelle danken auch wir Daniel Bichsel und seinem Team für die grosse und seriöse Arbeit. Zum Politikplan: Wir haben in unserer Fraktion eingehend die neuen Lösungsansätze aus dem Schwerpunktprogramm besprochen. Es sind dies das Dorffest und der Erlebnisspielplatz. Aber auch den Schwerpunkt Nr. 6 Bildung, haben wir besprochen. Wiederkehrendes Dorffest, das passt. Wir haben diesbezüglich eine Petition gestartet. Wir haben allerdings gewisse Vorstellungen wie dieses Dorffest aussehen könnte. Beim Erlebnisspielplatz hegen wir die starke Hoffnung, dass dieser auch wirklich seinem Namen gerecht wird. Es soll nicht sein, dass einfach eine grüne Wiese zum Erlebnisspielplatz erklärt wird. Auch hier haben wir gewisse Vorstellungen. Zum Finanzplan: Solange nicht ein negativer Abschluss der Laufenden Rechnung vorliegt, macht uns der Finanzplan keine grossen Sorgen. Soweit der Kommentar der CVP Fraktion zu Finanz- und Politikplan, wir nehmen beides zur Kenntnis.

Roland Stucki, EVP: Wir haben diesen Politikplan sowie den Finanz- und Investitionsplan mit Interesse zur Kenntnis genommen. Ich möchte mich den Vorredner in weiten Teilen anschliessen. Krass ist, dass der Selbstfinanzierungsgrad welcher letztes Jahr 300 % betrug auf 30 % herunterfällt. Wenn ich dies mit meinem Privathaushalt vergleiche, könnte ich in den nächsten Jahren keine Investitionen mehr tätigen. Ich müsste ja sehr grosse Schulden machen. Dies hat in der Gemeinde die gleiche Aussagekraft, nämlich die, dass sie nicht mehr so viel investieren kann wie ursprünglich vorgesehen war. Somit muss sie, wie die SP dies vorgeschlagen hat Prioritäten setzen. Stichwort Sanierung Böschungssanierung der Reichenbachbrücke. Grundsätzlich muss man sparen und Investitionen verlangsamen und hinausschieben das ist unser Vorschlag.

Martin Kocher, Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich lege meine Folie auf, welche ich jedes Jahr präsentiere. Ich sage noch nicht viel dazu, sondern werde die gleiche Folie beim nächsten Traktandum, dem Vorschlag, nochmals auflegen. Die Folie ist als Lektüre zu verstehen. Man kann die Ertragsüberschüsse der letzten Jahre erkennen und wie hoch die Fehlprognosen waren. Gewisse Schlüsse muss man aus dieser Tatsache ziehen. Ich nehme an, dass im jetzigen Stadium lediglich die allgemeinen Bemerkungen anzubringen sind und wir den Finanz- und Investitionsplan seitenweise durchgehen werden? Ist das richtig Herr Kocher?

Präsident: Das ist richtig.

Toni Oesch, FdU: Zum Politikplan ist nicht viel zu sagen. Papier schluckt bekanntlich viel. Es wurde viel geschrieben. Wie man sich daran hält, weiss man in Zollikofen zur Genüge. Im Finanz- und Investitionsplan erachte ich die grüne Seite als realistisch. Auf Seite 1 wird darauf hingewiesen, dass man für das Jahr 2012 3.1 Mio. Franken an Investitionen tätigen will. Der Finanzverwalter rechnet effektiv mit 2.5 Mio. Franken. Die Abschreibungen sind aber auf 3.1 Mio. Franken ausgerichtet. Bei der Variante "Korrektur Laufende Rechnung" wird eine Steuererhöhung von einem halben Steuerzehntel gerechnet, das heisst von 1,40 auf 1.45. Somit würde ein kleiner Aufwandüberschuss von Fr. 27'000.00 resultieren. Nun zur Seite 2 beim dritten Abschnitt: Eine ganz wichtige Erkenntnis zum FILAG ist die Feststellung, dass sich der bernische Finanz- und Lastenausgleich für 2012 für unsere Gemeinde saldoneutral auswirken wird. Es gibt Gemeinden, welche hier anders rechnen müssen. Wenn ich schon hier vorne bin, möchte ich zu den Angehörigen der Feuerwehr sprechen und danken, dass so viele erschienen sind. Das ist gewissermassen Training für die Gemeindeversammlung, welche in Zollikofen eingeführt werden muss. Dort können dann alle mitreden. Mit einem Parlament verhält es sich ähnlich wie mit dem Osterbott, an welchem das Volk zwar Bier und Eier erhält, aber nicht mitreden kann. Noch ein Wort zur Feuerwehr. Die Feuerwehrangehörigen leisten freiwillig ihren Dienst, sorgen für die Sicherheit unserer Bevölkerung und setzen sich nicht unerheblichen Gefahren aus. Hierbei handelt es sich gewissermassen um eine Elite aus unserem Dorf. Der Pikettzug besteht aus Leuten, welche in Zollikofen oder in der nä-

heren Umgebung arbeiten und immer verfügbar sein müssen. Der Pikettzug leistet einen intensiven Dienst. Wir wissen dies von Franz Schrag, welcher für unsere Partei im Grossen Gemeinderat war und diesen auch präsidiert hat. Der Pikettzug ist die Elite der Elite. Bevor die GFL und die EVP im GGR Einsitz nahmen, waren wir mit 3 bis 4 Leuten vertreten. Damals waren wir auch in der Wehrdienstkommission aktiv. Wir haben dann jeweils in corpore die Hauptübungen der Feuerwehr besucht. Wer die Feuerwehr an der Arbeit sehen will, soll bitte nächsten Samstag nachmittag zur Hauptübung beim Restaurant Kreuz kommen.

Präsident: Ich unterstütze Ihre Wertschätzung für die Feuerwehr absolut, möchte Sie aber bitten wieder zum Thema zurück zu kommen.

Toni Oesch, FdU: Der andere grosse Pfeiler für unsere Sicherheit, insbesondere bezüglich Naturkatastrophen bildet die Armee. Es gibt aber Leute, die unsere Miliz-Armee abschaffen wollen, nämlich die SP, die das in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat. Dies hat sie aber im Prospekt zu den Nationalratswahlen nicht erwähnt. Auch die Linksgünen sind dabei, mit ihrem extremen Josef Lang aus Zug. Er ist Nationalrat und Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz ohne Armee (GSoA). Glücklicherweise haben verantwortungsvolle Leute kürzlich im eidgenössischen Parlament die Reduktion des Bestandes von heute 200'000 Angehörigen der Armee auf 20'000 beziehungsweise 80'000 verhindern können. Die Milizverbände, bei welchen ich aktiv mitmache, haben 120'000 Angehörige der Armee gefordert, bewilligt wurden 100'000. Mehr kommt in der Detailberatung.

Präsident: Besten Dank Herr Oesch. Ich wäre dankbar, wenn Sie in der Detailberatung bei den entsprechenden Themen bleiben würden. Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat zu den Voten aus der allgemeinen Runde Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen nun zum Politikplan. Wir werden zuerst die Seiten 2 bis 11 behandeln, das sind die Punkte 1 bis 10. Gibt es hier Bemerkungen aus dem Rat? Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur zweiten Hälfte, das sind die Seiten 12 bis 17 beziehungsweise ab Punkt 11 Arbeitsprogramm 2012 und insbesondere auch Punkt 12 Schwerpunktprogramm 12/16. Gibt es hier Fragen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zum Finanz- und Investitionsplan. Wir gehen diesen ebenfalls detailliert durch. Zuerst die Seiten 1 bis 5. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu den Seiten 6 bis 12. Hierbei handelt es sich um die verschiedenen Tabellen und Grafiken inklusive Investitionsplan.

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 10 ist zuoberst der Neubau der Gemeindeverwaltung mit 5.25 Mio. Franken aufgeführt. Das ist eindeutig Wunschbedarf und bei der entsprechenden Volksabstimmung wird das Volk Nein dazu sagen. Geplant ist ein grosser Besprechungsraum. Begründung dafür ist, dass man Baupläne präsentieren kann. Mit einer einfachen Anfrage hatte ich schon mal gefragt, ob Alternativen gesucht worden sind. Die Antwort darauf lautete Nein. Zudem ist ein Anbau für einen Lift geplant für Besucher im Rollstuhl. Wenn das ein echtes Bedürfnis wäre, hätte man schon längst einen Treppenlift eingebaut. Hierfür gibt es in Bern eine Beratungsstelle, welche sogar gratis tätig ist. Die Adresse kann im Internet herausgesucht werden. Der hintere Eingang ist erst viele Jahre nach Erstellung des Gemeindehauses erstellt worden. Ohne diesen Eingang kommen Rollstuhlfahrer gar nicht in die Gemeindeverwaltung. Seither werden Besprechungen in einem jeweils freien Arbeitsraum im Erdgeschoss abgehalten.

Präsident: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Wir befinden uns hier nicht in einer Diskussion, ob ein neues Gemeindehaus erstellt werden soll oder ob man das bestehende sanieren soll. Wir behandeln den Finanz- und Investitionsplan. Welche Projekte aus dem Investitionsplan realisiert werden, entscheidet ohnehin das Parlament beziehungsweise das Volk. Nun noch etwas zu Herrn Oesch: Das grosse Sitzungszimmer ist nicht für Herrn Funk bestimmt, damit er Baupläne präsentieren kann, sondern für den neuen Gemeindepräsidenten.

Präsident: Somit kommen wir zu den Seiten 13 bis 15, hierbei handelt es sich um die Laufende Rechnung. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Hier gibt es keine Bemerkungen. Somit kommen wir zu den Seiten 16 bis 25, das sind die Spezialfinanzierungen. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat?

Toni Oesch, FdU: Seite 17, Ersatz des Pikettfahrzeuges. Ohne das Schreiben des Pikettfahrzeuges hätte man nicht festgestellt, dass der Gemeinderat die Fr. 200'000.00 für das Pikettfahrzeug vom Jahr 2012 ins 2013 verschoben hat. Finanziell ist die Feuerwehr selbsttragend durch die Ersatzabgaben und deshalb autonom. Der Bestand der Spezialfinanzierung hat per 1. Januar 2011 Fr. 629'088.00 betragen. Daraus werden grosse Ersatzbeschaffungen wie zum Beispiel das Pikettfahrzeug oder ein Tanklöschfahrzeug bezahlt. Wenn die Feuerwehr der Auffassung ist und dies gut begründet, dass altes Material ersetzt werden muss, dann soll man ihr Vertrauen schenken. In meiner Zeit als Finanzvorsteher der Gemeinde haben nur zwei Anschaffungen zu Diskussionen geführt. Die erste Anschaffung war ein Tanklöschfahrzeug. Die Kosten für die Anschaffung beliefen sich auf ca. Fr. 160'000.00. Gleichzeitig habe ich als Kontrollstelle beim MGB Migrosgenossenschaftsbund festgestellt, dass dieser das gleiche Fahrzeug für Fr. 130'000.00 beschafft hat. Robert Salvisberg, als damals zuständiger Gemeinderat, hat die Differenz begründet, eine Equipe der Feuerwehr habe das Fahrzeug eine Woche lang beim Hersteller in Deutschland begutachtet. Bei der zweiten Anschaffung handelte es sich um eine Drehleiter. Hier haben zwei Firmen eine entsprechende Offerte eingereicht. Eine war die Contrafeu in Münsingen sowie eine deutsche Firma. Die Contrafeu ist eine Tochterfirma der Securitas beziehungsweise Securiton, welche beide ihren Sitz in Zollikofen haben und auch hier ihre Steuern bezahlen. Die Feuerwehr hat sich für das deutsche Fabrikat entschieden, dies bei gleicher Ausstattung und Qualität, wie mir dies mein Dienstkamerad und Direktor der Contrafeu mitgeteilt hat. Das wären meine Ausführungen hierzu, in der Laufenden Rechnung werde ich noch zu weiteren Materialbeschaffungen zu sprechen kommen.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat?

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte nur kurz etwas zu Seite 17 sagen. Man kann hier erkennen, dass der Gemeinderat die Ersatzbeschaffung für das Pikettfahrzeug auf das Jahr 2013 vorgesehen hat. Wir haben einen Antrag bei der Beratung des Budgets angekündigt. Wir möchten, dass die nötigen Abschreibungen für die Beschaffung des nächsten Jahres im Budget berücksichtigt werden. Wir gehen davon aus, dass die diesbezüglichen Zahlen aus dem Jahr 2013 hinfällig würden, wenn der Rat in der Detailberatung unserem Antrag folgt.

Präsident: Weitere Ratsvoten? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat hierzu Stellung nehmen. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir noch zum Schluss des Finanz- und Investitionsplans und zwar zu den Seiten 26 und 27. Gibt es hierzu Bemerkungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat ein Schlusswort? Das ist nicht der Fall.
Somit stelle ich folgendes fest:

Der Politikplan 2012 bis 2016 wird zur Kenntnis genommen.

72 25.201. Voranschlag (Zustandekommen)

Voranschlag 2012

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Kurz zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde der Fraktionen sowie der Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend werden wir dann kapitelweise in die Detailberatung einsteigen. Wir werden auch das Produktebudget NPM

beraten und zum Schluss kommen wir dann noch zur Beratung der Abstimmungsbotschaft. Die GPK hat das Wort.

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK hat bei der Beratung zu diesem Geschäft, wie bereits in den Vorjahren, Gemeinderat Kurt Jörg und Finanzverwalter Daniel Bichsel zu ihrer Sitzung eingeladen. Beide sind uns 1.5 Stunden Rede und Antwort gestanden. Hierfür möchte ich den beiden Herren im Namen der GPK ganz herzlich danken. Sie konnten alle unsere Fragen bestens beantworten. In zwei Punkten sind wir übereingekommen, dass der Vertreter des Gemeinderates im Parlament noch nähere Erläuterungen abgibt. Dies betrifft einerseits den Budgetposten Kindertagesstätte und andererseits die Gasversorgung. Hier haben wir im Kommentar zum Voranschlag in Bezug auf die Tarifsenkung einen Fehler entdeckt. Ansonsten hat die GPK keine Bemerkungen zu den Details des Voranschlages. Beim Botschaftsentwurf werden wir noch zwei Korrekturen beantragen und auch beim Produktebudget bei der Sekundarstufe I haben wir eine Korrektur sowie eine Bemerkung anzubringen. Hierzu werden sich zwei andere GPK - Mitglieder zu gegebener Zeit melden.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich möchte euch das Budget 2012 präsentieren. Dieses sieht, obschon ein Defizit von Fr. 650'000.00 prognostiziert wird, nicht allzu schlecht aus. Die Steueranlage von 1.4 bleibt gleich wie auch die Hundesteuer und die Liegenschaftssteuer. Dies ist soweit erfreulich. Von einer Steuererhöhung, obschon diese in der Finanzkommission und im Gemeinderat diskutiert wurde und der Finanzplan vor Jahren etwas anderes ausgesagt hat, können wir absehen. Auf der anderen Seite kann man auch bemerken, dass der Lastenausgleich Sozialhilfe anstatt im Jahr 2012 erst im Jahr 2013 anfallen wird. Dies wird Fr. 900'000.00 ausmachen. Somit müssen wir diese Belastung im nächsten Jahr nicht berücksichtigen. Wenn diese Belastung in diesem Budget integriert wäre, würde es wesentlich anders aussehen. Wie ihr sehen könnt, sind einige Sachen in das nächste Jahr übertragen worden. Es handelt sich um Sachen, welche später anfallen. Projekte, die das Parlament verschoben hat, Projekte, die der Gemeinderat verschoben hat und Projekte, welche gar nicht realisiert werden. Darum sieht der Investitionsplan nicht immer gleich aus wie das Budget. Es gilt hier aufzuzeigen, was in Zukunft verwirklicht werden kann. Das diesjährige Budget beinhaltet zwei Spezialitäten. Bei der Einen handelt es sich um das FILAG. Der Finanzausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden wird ab Januar 2012 neu geregelt. Beim Projekt FILAG 2012 will man vor allem die Elimination von Fehlanreizen, die Stärkung der Eigenverantwortung und zugleich die Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erreichen. Ich hoffe, dass man dies damit auch erreicht. Es soll vor allem die Eigenverantwortung gestärkt werden. Derjenige der Leistungen bestellt, soll dies auch bezahlen müssen. Die Auswirkungen des FILAG für die Gemeinde Zollikofen sind gesamthaft betrachtet saldoneutral. In einzelnen Teilbereichen gibt es grosse Abweichungen und andere Verrechnungen. Aber gesamthaft betrachtet, wirkt sich das FILAG auf die Gemeinde Zollikofen saldoneutral aus. Bei der zweiten Spezialität, welche auch der Grund für die heute zahlreich erschienen Besucher ist, handelt es sich um die Feuerwehr. Hier gibt es einige Sachen zu erwähnen und Richtigstellungen anzubringen. Im Vorfeld hierzu gab es einige Diskussionen. Es wurden relativ viele Halbwahrheiten und falsche Aussagen sowohl von Gemeinderats- und Parlamentsmitgliedern, Facebook-Nutzern und Journalisten im Zusammenhang mit der Feuerwehr verbreitet. Dies hat den Gemeinderat bewogen, heute Abend einige Richtigstellungen anzubringen. Die Feuerwehr ist eine Aufgabe, welche im kommunalen Zuständigkeitsbereich liegt, wie jede andere Aufgabe auch. Dieser Aufgabebereich genießt weder besondere Privilegien noch unterliegt er besonders strengen Kürzungen. Trotz vorhandener Spezialfinanzierung, entscheiden einzig die demokratisch legitimierte Behörden über die Mittelverwendung. Im Zusammenhang mit der Feuerwehr wird häufig die Meinung vertreten, dass hier andere Zuständigkeiten gelten. Die Feuerwehr ist kein Staat im Staat. Die Feuerwehr verfügt auch nicht über eine Vereinskasse, welche im Zuständigkeitsbereich der Angehörigen der Feuerwehr liegt. Es handelt sich hier um öffentliche Mittel, welche primär aus der Feuerwehersatzabgabe stammen. Diese Mittel sind durch

die zuständigen Behörden nach den allgemein gültigen Bestimmungen des Finanzhaushaltes wie zum Beispiel Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit einzusetzen. Diese Grundsätze gelten bei allen Ausgaben der öffentlichen Hand. Die vorhandenen Mittel der Spezialfinanzierung müssen somit auch für die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges, welches rund eine halbe Million kosten wird, ausreichen. Solche Anschaffungen müssen ausschliesslich über die Spezialfinanzierung finanziert werden. Es gibt keine anderen Geldquellen mehr. Auch die GVB wird sich nicht mehr, wie dies früher der Fall war, an solchen Anschaffungen beteiligen. Aus diesem Grund muss man stets ein wachsames Auge auf diese Spezialfinanzierung halten, damit die notwendigen Geldmittel für grosse Investitionen in Zukunft vorhanden sind. Es ist auch falsch, wenn behauptet wird, dass Kürzungen des Gemeinderates im Bereich Feuerwehr zu einer Verbesserung des Voranschlages 2012 führen würden. Es ist nämlich so, dass ein spezialfinanzierter Aufgabenbereich überhaupt keinen Einfluss auf das Budget der Gemeinde bezüglich des öffentlichen Steuerhaushaltes hat. Es führt zu keiner Verbesserung, ob wir nun in diesem Bereich Geld brauchen oder nicht. Der Gemeinderat steht zu seiner Feuerwehr. Es ist ihm wichtig, über ein gut ausgerüstetes Erst-Einsatz-Element zu verfügen. Der Pikettzug soll daher weiterhin gut und zweckmässig ausgerüstet sein. Darum hat der Gemeinderat an einem Anschaffungsbudget zugestimmt, welches doppelt so hoch ist wie der langjährige Durchschnitt. Aufgrund Gleichbehandlung und setzen von Prioritäten in anderen Aufgabenbereichen sind noch höhere Mittel für die Feuerwehr abgelehnt worden. Hierzu ein einfacher Vergleich: Auch im Privathaushalt müssen die Ausgabenwünsche nach Prioritäten und Budget verwirklicht werden. Auch hier muss man einteilen, man kann nicht alles auf einmal bekommen. So ist es auch in Bezug auf die Feuerwehr. In Bezug auf die Ersatzbeschaffung des Pikettfahrzeuges zieht der Gemeinderat seinen Entscheid betreffend Streichung der Abschreibung im Voranschlag 2012 zurück und stellt den Antrag die Fr. 60'000.00 für die Abschreibung wieder in den Voranschlag 2012 aufzunehmen und zwar gestützt auf anders gewichtete Argumente. Der Gemeinderat hat sich nie grundsätzlich gegen die Ersatzbeschaffung gestellt, das hat man auch im Finanz- und Investitionsplan aufgezeigt. Man die Beschaffung einfach um ein Jahr verschoben. Es ist dem Gemeinderat wichtig zu sagen, dass mit der Rückgängigmachung der Streichung von Fr. 60'000.00, weder ein Feuerwehrfahrzeug bewilligt noch beschafft ist. Es ist eine Absichtserklärung. Es ist noch nichts bewilligt. Der Gemeinderat wird aber dieses Geschäft in einer separaten Vorlage wohlwollend prüfen und anschliessend wird das Geschäft dem Parlament zur Behandlung und Entscheidung vorgelegt. So sieht der Ablauf aus und nicht anders. Die Abschreibung allein bewirkt für sich genommen gar nichts. Es ist dem Gemeinderat wichtig die Frage der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit dieser Ersatzbeschaffung nicht auf einem buchhalterischen Nebenschauplatz, sondern aufgrund einer korrekten Vorlage zu behandeln. So viel von meiner Seite zur Feuerwehr und zum Budget 2012. Ich komme noch kurz zur Abschlussprognose. Es wurde bereits verschiedentlich diskutiert, das, wir besser schliessen ab als budgetiert. Zum Glück. Wir erwirtschaften voraussichtlich einen Überschuss von 0.3 Mio. Franken. Dies stellt eine Besserstellung gegenüber dem Budget von 1.7 Mio. Franken dar. Die wesentlichen Besserstellungen sind in der Abschlussprognose aufgeführt. Erfreulich sind die höheren Steuereinnahmen der juristischen Personen und bei den Vermögensgewinnsteuern. Neu ist auch eine Abgeltung an die Infrastruktur des Betagtenheims als Eingang zu verzeichnen. Bis das alte Betagtenheim seinen Betrieb einstellen wird, können wir mit diesem Betrag rechnen. Es handelt sich hierbei um eine Abgeltung für Zinskosten und die Nutzung des Bodens. Im Prinzip wie ein Baurechtszins. Nach der neuen Heimfinanzierung werden diese Kosten jedem Heimbewohner pro Tag verrechnet. Das waren meine Erläuterungen zum Budget 2012. Ich bitte das Parlament, diesem Budget zuzustimmen. Allfällige Fragen nehmen wir gerne entgegen und werden sie entsprechend beantworten. Daniel Bichsel wird nun noch einige Erläuterungen anbringen.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Ich möchte drei technische Hinweise anbringen. Der erste betrifft die Abschreibungen des Feuerwehrfahrzeuges. Dies betrifft das Konto 140.392.00 und zwar im Betrag von Fr. 60'000.00. Die nächsten zwei Hinweise sind Antworten auf die offenen Fragen der GPK. Der erste Hinweis betrifft die Kostenreduktion der Kindertagesstätte gegenüber den Vorjahren. Diese Reduktion ist im Kommentar nicht speziell begründet,

dies möchte ich nun nachholen. Nebst den zwei zusätzlich subventionierten Plätzen der KITA sind auch vier zusätzliche private Plätze geschaffen worden. Diese Erhöhung der Platzzahl verursacht den Nebeneffekt, dass wir die Fixkosten besser verteilen können. Damit können wir den Deckungsbeitrag an die ungedeckten Kosten beziehungsweise an das Defizit erhöhen. Somit können wir das Gesamtdefizit verringern. Dies ist der Grund, weshalb wir in diesem Bereich weniger Aufwand zu verzeichnen haben. Beim dritten Punkt handelt es sich um die Reduktion des Gaspreises. Beim Kommentar beziehungsweise den Erläuterungen ist uns ein redaktioneller Fehler unterlaufen. Die kommunale Gaspreissenkung per 1. Januar 2012 wird weitere 0.9 Rappen pro Kilowatt betragen. Irrtümlicherweise ist im Text die Rede von 0.1 Rappen pro Kilowatt. Die frankenmässigen Beträge sowohl im Budget als auch im Kommentar sind aber korrekt.

Präsident: Das Wort ist offen für die Voten der Fraktionen.

Beat Nydegger, SP: Nach der langen Rede des Gemeinderates halte ich mich kurz, denn die diesjährige Budget-Debatte wird sicher ein wenig länger dauern. Ich danke dem Finanzverwalter Daniel Bichsel und seinem Team für die wie immer transparente Darstellung und Erläuterungen zu den wesentlichsten Abweichungen. Der Voranschlag 2012 rechnet mit einem Defizit von rund Fr. 646'000.00. Nachdem die Laufende Rechnung in Zollikofen jeweils, das hat Tradition, wesentlich besser abschliesst als budgetiert, wird die SP Fraktion diesem Budgetdefizit zustimmen. Wir werden im Rahmen der Detailberatung einige Anträge stellen. Einen Antrag möchte ich bereits jetzt besonders hervorheben, es handelt sich nämlich um einen Personenkreis, welcher kein Zugang zu Facebook hat, nämlich um unsere kleinen Kinder. Wir werden, wie wir dies bereits in den Fachkommissionen getan haben und leider nicht durchgedrungen sind, beantragen, dass beim Kinderspielplatz Molkerei ein Sonnensegel zum Schutz der Kinder realisiert werden soll. Es wird nämlich noch Jahre dauern, bis die Bäume beim Spielplatz gross genug sind um entsprechenden Schatten spenden zu können. Der Sonnenschutz für Kinder ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinde. Die SP steht hinter dem Budget 2012, wird aber kleinere Änderungsanträge stellen, diese sind aber finanziell verkraftbar.

Thomas Ackermann, CVP: Ich werde mich kurz fassen wie mein Vorredner und bleibe deshalb an meinem Platz. Ein oder zwei Defizite kann die Gemeinde aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals gut verkraften. Grund zur Panik besteht also nicht. Warten wir erstmal ab, bis tatsächlich der erste negative Abschluss vorliegt. Was ist uns wichtig? Auch wenn unserer ehemaliger Gemeinderat Urs Vock diese Position im Gemeinderat nicht mehr selber vertreten kann, ist es uns dennoch wichtig, dass zur Infrastruktur der Gemeinde Sorge getragen wird und der Unterhalt nicht vernachlässigt wird. Hier zulasten der nächsten Generation zu sparen, ist unserer Ansicht nach der falsche Ansatz. Bei den 10 aufgeführten Investitionsprojekten kann noch auf 8 dieser Projekte Einfluss genommen werden. Am meisten zu diskutieren gab bei uns auch die Feuerwehr. Bei uns gab es hier ein Abwägen zwischen verantwortungsvollem Umgang mit Finanzen einerseits und dem Gewährleisten der Sicherheit andererseits. Dieses Thema wird im Verlauf der Beratungen sicher noch auftauchen. Wir werden uns dann zu gegebener Zeit noch einmal dazu äussern. Auch wir danken der Verwaltung für das Ausarbeiten dieses Voranschlags.

Um 20.40 Uhr erscheint Adrian Gehri.

Hans Peter Baumann, SVP: Dass das finanzielle Wohlergehen der öffentlichen Hand eine Rolle spielt, weiss man spätestens seit der Krise in Griechenland. Griechenland ist weit weg. Aber dank weitsichtiger Planung, aber nicht zuletzt auch wegen den oft langen Budgetdebatten jeweils im Herbst, steht die Gemeinde Zollikofen finanziell gut da. Das äussert sich in verschiedenen Kennzahlen: Schuldenentwicklung, Eigenkapital, Selbstfinanzierungsgrad und nicht zuletzt auch in der Steueranlage. Zollikofen spare um jeden Preis. Dies ist zu lesen. Wir haben uns die Mühe genommen, dieser Behauptung nachzugehen. Dabei haben wir folgendes festgestellt: Knapp ein Fünftel der Aufwendungen entfallen auf Personalkosten.

In den letzten sieben Jahren wurde noch nie ein Antrag zu Personalabbau gestellt. Die Lohnentwicklung für das Jahr 2012 ist garantiert. Das kann man dem Voranschlag 2012 entnehmen. Es sind im Bereich des Personals auch keine Sparübungen vorgesehen. Das Funktionalisieren der Verwaltung, des Gemeinderates, des Grossen Gemeinderates und der Kommissionen ist ebenfalls ohne Einschränkungen sichergestellt. Der Nettoaufwand bei der Öffentlichen Sicherheit erfährt eine Erhöhung von 48 % beziehungsweise Fr. 78'000.00 gegenüber der Rechnung 2010. Der Nettoaufwand bei der Bildung ist ebenfalls im Plus, wenn auch nicht so extrem. Der Aufgabenbereich Kultur und Freizeit ist klar im Plus. Hier weise ich darauf hin, dass wir mittlerweile das Sportzentrum Hirzenfeld unterstützen. Die Aufwendungen für die Gesundheit steigen ebenfalls. Dasselbe gilt in grösserer Masse für die Soziale Wohlfahrt. Dann haben wir höhere Aufwendungen für den Verkehr, vor allem beim öffentlichen Verkehr. Wir investieren ausserdem mehr in die Umwelt und die Raumordnung. Ein anderes Bild ist nur bei der Volkswirtschaft zu sehen. Dieser Bereich wird aber relativ stark durch Entnahme und Einlagen in Spezialfinanzierungen fremdgesteuert. Und dies alles bei einem kleineren Steueraufkommen als im Jahr 2010. Dieser Vergleich zeigt, ich habe keine Rubrik ausgelassen, dass man sicher nicht sagen kann, Zollikofen spare um jeden Preis. Es gibt einen Unterschied zwischen Privaten und Gemeinden beim Sparen: Der Bürger spart, wenn er das Geld, das er hat nicht, ausgibt. Für die Gemeinde heisst sparen, etwas nicht ausgeben, was sich nicht hat. Oder anders gesagt, die Gemeinde muss das Steueraufkommen als Mass aller Dinge für die Budgetierung berücksichtigen. Auch wenn es Leute gibt, die immer mehr von den Steuerzahlern verlangen, verlangen wir mehr von den Steuern. Der Steuerfranken muss effizient eingesetzt werden. Es ist richtig, und wir erwarten auch vom Gemeinderat, dass er klare Vorgaben für den Budgetprozess vorgibt. Aber hier von Sparübungen oder Sparpakten zu reden ist unverhältnismässig, wenn man beispielsweise an die Gemeinde Köniz denkt. Köniz schnürt zurzeit ein Entlastungspaket im Umfang von 6 Mio. Franken. Bei uns wären dies immerhin 2 Mio. Franken. Und kann mir hier jemand sagen, wann wir eine solche Sparübung durchgeführt haben? So lange ich dabei bin, hat das Parlament noch nie ein Budget mit einem Sparauftrag an den Gemeinderat zurückgewiesen, wie dies in Köniz geschehen ist. Wir sind der Meinung, dass uns der Gemeinderat ein vernünftiges Budget vorlegt. Vernünftig, weil es die Vergangenheit wie auch die Zukunft der Entwicklungen berücksichtigt. Die SVP Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen und das Budget in der vorliegenden Form gutheissen. Wir machen aber darauf aufmerksam, dass jede Aufstockung heute Abend diese Beurteilung trüben könnte. Auch wir sind natürlich, genauso wie die FDP, mehr an einer ausgeglichenen Rechnung als an einem ausgeglichenen Budget interessiert. Aber im Gegensatz zum Budget können wir dann bei der Rechnung nichts mehr beitragen.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen?

Marceline Stettler, GFL: Der Voranschlag lässt sich sehen, oder wenn ich die Wortwahl von Kurt Jörg aufnehme, dann sieht der Voranschlag "nicht allzu schlecht aus". Dieser Meinung sind wir auch. Zollikofen steht gut da. Wir danken der Verwaltung für die exakte, übersichtliche und aufschlussreiche Arbeit. Einen speziellen Dank richten wir an den Gemeinderat, dass er diesen Voranschlag dem Parlament überhaupt zur Beschlussfassung vorlegt. Dies hätte er nämlich nicht tun müssen. Die offenen Fragen sind alle beantwortet worden. Am Donnerstagmorgen habe ich unsere Fragen geschickt und am Donnerstagabend habe ich die Antworten bereits erhalten. Viel schneller, Daniel Bichsel, ist fast nicht mehr möglich. Wie angekündigt haben wir zum Thema Feuerwehr zwei Anträge vorbereitet. Wie wir aber hören konnten, hat sich einer dieser Anträge bereits erledigt. Darüber sind wir froh. Der "Lotti"-Ersatz kommt nun, wohl in der November-Sitzung, zur Sprache. Offenbar hat sich die Meinung des Gemeinderates und der GFL getroffen und das ist auch gut so. Wir danken für diesen Schritt. Wir werden dem Budget zustimmen. Weitere Bemerkungen werden wir im Rahmen der Detailberatung abgegeben.

Heinz Buser, FDP: Hans Peter Baumann hat eigentlich fast alles gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich kann mich somit kurz halten. Eine gute Steuerpolitik und eine gute Finanzpolitik,

über beides verfügt Zollikofen, besteht darin, dass man unterscheidet was zwingend nötig ist, was wichtig ist und was Wunschbedarf ist. Man kann dann noch in dringenden oder nicht dringenden Wunschbedarf unterscheiden. Dies ist ein Kernpunkt unserer Finanzpolitik. Das ist nicht immer einfach, denn die Wünsche von gewissen Anspruchsgruppen sind unendlich und kennen keine Grenzen. Trotzdem wird in Zollikofen nicht übermässig geknausert beziehungsweise gespart. Beispielsweise sind die Schulen in Zollikofen anerkanntermassen weit überdurchschnittlich und geradezu vorbildlich ausgestattet. Die freiwillige Feuerwehr in Zollikofen gehört nachweisbar zu den bestbezahlten in der Region. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der FDP danke ich allen, welche mithelfen diesen Voranschlag gut und sachlich über die Bühne zu bringen.

Roland Stucki, EVP: Auch wir werden diesem Budget zustimmen. Ich könnte nun einfach mein Votum zum Finanz- und Investitionsplan wiederholen. Uns gefällt der Selbstfinanzierungsgrad nicht. Dass wir 35 % unserer Investitionen selber investieren, das kann nicht gefallen. Das wird Daniel Bichsel bestätigen. Diesem Umstand können wir auf Arten begegnen. Wir erhöhen die Steuern oder wir verlangsamen das Investitionstempo. Die Nettoinvestitionen werden hier im Rat behandelt, dann können wir entsprechend Einfluss nehmen.

Martin Kocher, Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Hier nochmals Folie 1. Sie zeigt die budgetierten Aufwandüberschüsse von 2006 bis 2011. Ich weise auf die erste Zeile hin. Untenstehend sieht man die Abschlussprognose, welche wir für heute auch erhalten haben. Für das Jahr 2011 sind 1.4 Mio. Franken Defizit veranschlagt, heute wird bereits ein Ertragsüberschuss von Fr. 300'000.00 vorausgesagt. Erfahrungsgemäss wird es einen Ertragsüberschuss von mindestens einer halben Million geben. Unter diesem Eindruck wird die heutige Budget-Sitzung vonstattengehen. Für das Jahr 2010 haben wir eine Steuersenkung beantragt und sind nicht durchgedrungen, das war aber klar. Das grosse Gejammer der Freien Liste hat hierzu sicher beigetragen. Im Jahr 2011 haben wir auf dieses Gejammer gehört und keinen Antrag gestellt und Stimmfreigabe beschlossen. Im Mai 2012 werden wir noch über das Jahr 2011 reden. In der Zeitung Bund vom 14. September dieses Jahres steht geschrieben: "Das Eigenkapital beträgt rund 14,8 Mio. Franken, obwohl die Gewinne meistens für das Zurückbezahlen von Schulden verwendet wurden". Das ist eindeutig eine Falschaussage. Richtig ist, dass Schulden so oder so abgebaut werden, ob die Ertragsüberschüsse ins Eigenkapital gelegt oder als Überabschreibungen verwendet werden. Nun zum Budget 2012. Ich habe etwa 20 Fragen an Daniel Bichsel gestellt und war sehr erfreut wie gut meine Antworten beantwortet wurden. Einige Punkte möchte ich aber dennoch erwähnen. Ich wiederhole: Für Zollikofen sind der Finanzausgleich und der Lastenausgleich saldoneutral, im Gegensatz zum Beispiel zu Münsingen, das die Steuern deshalb erhöht und zwar ohne das Volk zu Fragen. Das ist sehr enttäuschend, da Erich Feller hier auf der Finanzverwaltung gearbeitet hat. Das gleiche gilt auch für Münchenbuchsee, wo selbst SP Exponenten sagen, das seien DDR-Methoden. Die Gemeinde Muri muss aus dem gleichen Grund die Steuern erhöhen. Dies ist aber bei einer Steueranlage von 0.9 verständlich. Hier kann aber das Volk darüber abstimmen. Von den Reichen kann man auch etwas lernen. Die Steuereinnahmen 2012 basieren auf den Veranlagungen von 2011. Das Jahr 2011 wird von den Ökonomen allgemein als ertragsreich taxiert. Die Auswirkungen des starken Frankens seien erst ab Mitte Jahr, also ab 2011 spürbar geworden. Obschon die Nationalbank die Geldmenge wegen dem starken Franken enorm erhöht, was eigentlich eine Inflation nach sich zieht, passiert zurzeit das Gegenteil, das heisst, wir haben eine Deflation und damit sinkende Preise. Das bewirkt, dass der Konsum stagniert oder sogar zurückgeht, weil auf günstigere Preise gewartet wird. Darum ist es gut, dass der Kanton die Steuern etwas gesenkt hat. Dies zum Ausgleich der kalten Progression. Dazu kommt noch eine minimale Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen. In dieser Hinsicht können wir in Zollikofen auch etwas tun, indem wir nicht nur jammern und pessimistisch denken, sondern prospektiv und optimistisch handeln. Die zweite Folie sieht sehr einfach aus, hat aber eine grosse Wirkung. Man sieht hier einen Aufwandüberschuss von 43.435 Mio. Franken. Mit einer Steueranlage von 1.45 gibt dies einen Ertrag von 43.408 Mio.

Franken. Heute haben wir eine Steueranlage von 1.4. Daniel Bichsel hat hier 0.5 Steuerzehntel hinzugerechnet. Ich korrigiere dies und somit ergibt sich ein Ertrag von 42.828 Mio. Franken. Mit einer Steueranlage von 1.40 ergibt sich somit ein Aufwandüberschuss von Fr. 607'000.00. Mein Antrag lautet: Senkung des Steuerfusses um 0.2 Zehntel, das heisst von 1.40 auf 1.38, ausmachend Fr. 290'000.00 auf einen Ausgabenüberschuss von Fr. 897'000.00. Dieser Betrag könnte, wenn man es genau rechnet aufgehen, da Daniel Bichsel im Aufwand die Investitionsabschreibungen mit 3.1 % rechnet. Hier handelt es sich um eine Differenz von Fr. 600'000.00. 10 % davon sind Fr. 60'000.00, diese kann man noch abziehen. Aber man weiss ja nie, wie sich das Ganze entwickelt. Auf der Folie sieht man, dass 0.1 Steuerzehntel von 1.450 Mio. Franken, rund Fr. 145'000.00 entsprechen. Mit dieser minimalen Steuersenkung können wir endlich die psychologische Schallmauer von 1.40 Steueranlage durchbrechen. Wir werden bei der Detailberatung noch darauf zurückkommen aber keine Kürzungen beantragen, nach dem Motto "jedem Tierchen sein Pläsierchen". Ich werde den Antrag betreffend Steueranlage bei der Beschlussfassung zur Abstimmung bringen. Sollte tatsächlich mal ein Aufwandüberschuss resultieren, können wir den Rettungsschirm aufspannen. Dieser ist nicht etwa von anderen geschenkt, wir haben diesen selber bezahlt. Es handelt sich um unser Eigenkapital in der Höhe von 14.7 Mio. Franken. Dieses Eigenkapital würde heute etwa 20 Mio. Franken betragen, wenn wir die Ertragsüberschüsse nicht für Überabschreibungen verwendet hätten, sondern ins Eigenkapital gelegt hätten. Das waren meine Überlegungen zum allgemeinen Teil. Ich werde in der Detailberatung noch etwas sagen.

Präsident: Weitere Voten der Ratsmitglieder? Das ist nicht der Fall, somit hat der Gemeinderat beziehungsweise der Finanzverwalter, Daniel Bichsel, das Wort.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Ich habe eine Präzisierung zum Votum von Herrn Oesch betreffend der Abschreibungen anzubringen. Es ist richtig, dass die Abschreibungen auf den Nettoinvestitionen von 3.1 Mio. Franken gerechnet sind. Aber hier ist der Korrekturabzug bereits erfolgt. Die Nettoinvestitionen ohne Korrekturabzug würden 4.2 Mio. Franken betragen. Man hat bereits auf 75 % der Abschreibungen gerechnet um die Abweichungen, welche in den letzten Jahren immer entstanden sind, nicht auftreten. Noch zum Antrag betreffend Steueranlage. Wenn die Steueranlage um 0.2 Zehntel reduziert würde, dürfen wir nicht von den Werten auf der Folie ausgehen, sondern von denen welche im Voranschlag 2012, dem gelben "Heftli", stehen. Somit würde sich ein Defizit von Fr. 135'000.00 entstehen. Dies nur zur Klarstellung, damit man weiss, von welchen Werten gesprochen wird.

Präsident: Wir kommen somit zur Detailberatung. Bei Fragen, Bemerkungen oder Änderungsanträgen bitte ich Euch immer die Seite sowie die Kontonummer anzugeben.

Konto 0 Allgemeine Verwaltung, Seiten 4 bis 6

Keine Wortmeldungen.

Konto 1 Öffentliche Sicherheit, Seiten 6 bis 8

Bruno Vanoni, GFL: Die Feuerwehr ist kein Staat im Staat. Hier sind wir mit dem Gemeinderat und seinem Sprecher Kurt Jörg einig. Aber die Feuerwehr besteht aus Staatsbürgern und diese haben das gute Recht, sich bemerkbar zu machen. Ein Teil macht dies am Stammtisch, andere machen dies im Facebook. Es geht nicht darum, dass die Feuerwehr heute eine Sonderbehandlung erhält, sie hat dies auch nicht nötig. Ich spreche zum Konto 140.311.02, Feuerwehr; Anschaffung von Ausrüstungs- und Korpsmaterial. Im Bericht und Antrag zum Voranschlag rühmt der Gemeinderat, auf Seite 11 oben, die Vorteile der Budgetierungsmethode, die in Zollikofen seit Jahren angewandt wird. Sie heisst Zero-Base-Budgeting und bedeutet, dass alle Verwaltungsstellen ihre Budgeteingaben jedes Jahr von null auf neu begründen müssen. So ist sichergestellt, dass die zuständigen Kommissionen und der Gemeinderat sämtliche Positionen jedes Jahr einer genauen Überprüfung unterzie-

hen können. So viel wir wissen, ist auch bei der Budgetrubrik 140.311.02 so vorgegangen worden. Die Sicherheitskommission hat als Fachkommission die Eingaben der Feuerwehr überprüft und als begründet beurteilt. In den Erläuterungen des Gemeinderates steht nichts Gegenteiliges. Es wird aufgelistet, wie sich die von der Feuerwehr und von der Sicherheitskommission beantragten Fr. 82'860.00 zusammensetzen. Konkret werden 9 Beschaffungsvorhaben für die Ausrüstung aufgezählt, grösstenteils Ersatzbeschaffungen für altes Material oder Erneuerungen, die aufgrund von kantonalen Vorgaben oder gemachten Erfahrungen nötig sind. Und am Schluss heisst es einfach: "minus Fr. 20'000.00 generelle Kürzung durch den Gemeinderat". Mit anderen Worten, der Gemeinderat hat keine konkreten Kürzungen beantragt, wie er das sonst bei anderen Budgetposten macht, sondern einfach eine finanzielle, buchhalterische Vorgabe gemacht: Die Feuerwehr soll Fr. 20'000.00 weniger für Materialanschaffungen ausgeben können und sie soll selber entscheiden, was bei den verbleibenden Fr. 62'860.00 noch drinliegt. Für uns kommt das einem Abschieben von Verantwortung gleich, was wir schlecht finden. Das Vorgehen widerspricht zudem dem sonst üblichen Vorgehen bei Budgetkürzungen, es stützt sich nicht auf sachliche Beurteilungen, was nötig und was dringlich ist, und was nicht. Das wäre eigentlich, wie Heinz Buser vorhin ausgeführt hat, die Aufgabe der Finanzpolitik. Es ist ein Vorgehen nach der Rasenmäher-Methode: Der einmalig grosse Anschaffungsbedarf der Feuerwehr im kommenden Jahr soll etwas zurückgestutzt werden, weil die Jahresrechnung der Feuerwehr leicht defizitär ist. Auch das finden wir falsch und vor allem sachlich unbegründet: In der Spezialfinanzierung Feuerwehr hat es mehr als genug Reserven, um diese einmalige Ausgabenspitze auffangen zu können. Toni Oesch hat diese Reserven vorhin in Erinnerung gerufen. Ich muss hier eine Klammer-Bemerkungen machen: Es wäre ein fauler Trick und ein Ablenkungsmanöver wenn jetzt dann in der Debatte nachträglich noch sachbezogene Argumente gegen einzelne Beschaffungsvorhaben vorgebracht würden. Tatsache ist, dass solche Argumente bis jetzt weder von der Finanzkommission noch vom Gemeinderat zur Begründung konkreter Kürzungsanträge vorgebracht worden sind. Beide Gremien haben aus buchhalterischer Optik einfach einen bestimmten Betrag gekürzt. Wir haben uns die Beschaffungsvorhaben durch ein Mitglied des Feuerwehrkaders erklären lassen. Auch bei den Grünen gibt es Feuerwehrleute, Herr Oesch. Wir haben nichts gefunden, das überflüssig wäre. Wir haben uns überzeugen lassen, dass die ursprünglich beantragten Fr. 82'860.00 nötig und gut eingesetzt sind, damit unsere freiwilligen Feuerwehrleute ihren aufwändigen und im Ernstfall auch gefährlichen Job motiviert und sicher machen können. Natürlich fänden auch wir es besser, wenn mit einer längerfristigen Planung dafür gesorgt werden könnte, dass die Beschaffungen über die Jahre hinweg einigermaßen gleichmässig anfallen. Aber wenn jetzt, aus welchen Gründen auch immer, ein Rückstau entstanden ist und eine einmalige Spitze bei den Beschaffungen entstanden ist, hat es keinen Sinn darüber zu lamentieren. Wir müssen diesen jetzt abbauen. Das Geld dafür ist vorhanden. Aus diesem Grund beantragt die GFL Fraktion, auf die Kürzung um Fr. 20'000.00 nach der Rasenmähermethode zu verzichten und wieder den ursprünglichen Betrag vorzusehen, den die zuständige Fachkommission für richtig befunden hat. Wir bleiben so auch unseren Budgetierungsregeln gemäss der Zero-Base-Methode treu.

Präsident: Weite Voten zu diesem Themenbereich der Seiten 6 bis 8?

Heinz Buser, FDP: Als ich das letzte Mal hier zum Thema Feuerwehr gesprochen habe, trug ich aus Sympathie zur Feuerwehr einen roten Pullover. Ich wusste nicht, dass bei der Feuerwehr die Farbe Gelb so präsent ist. Zufälligerweise trage ich heute einen gelben Pullover, da der rote in der Wäsche eingegangen ist. Jedenfalls hat meine Frau gesagt, dass ich diesen nicht mehr tragen dürfe. Wenn aufgrund einer ganz normalen Budgetkürzung die Sicherheit in Zollikofen gefährdet ist und deswegen ein Grossaufmarsch im GGR stattfindet, muss man ein wenig ausholen. Die Position "Anschaffung von Ausrüstungs- und Korpsmaterial" wird von der Finanzkommission wie jede andere nach gleichen Massstäben geprüft. Insbesondere ob grössere Abweichungen in Bezug auf die Vorjahre bestehen, denn es ist wichtig, dass man eine gewisse Kontinuität wahren kann und nicht plötzlich grosser Nachholbedarf entsteht. Das Budget für diese Position lag letztes Jahr zwischen Fr. 20'000.00 und Fr. 40'000.00. Der Durchschnitt betrug Fr. 30'000.00. Nun kam ein Betrag von Fr. 82'000 da-

her, also mehr als das Zweieinhalbfache. Das muss man genauer prüfen. Die Budgetvorgaben, welchen allen bekannt sind, die ein Budget erstellen, verlangen, dass jede Anschaffung begründet und gewichtet wird. Ausserdem müssen die Folgen einer Nichtbeschaffung aufgezeigt werden. Denn nur so kann man beurteilen, welche Wichtigkeit einer Position zukommt. Von 30 Positionen waren 12 nicht begründet. Das sind 40 Prozent. Darunter sind Begründungen zu finden, welche nicht auf eine Dringlichkeit schliessen lassen. Es wurde alles über den gleichen Leist geschlagen und es ist alles gleich wichtig oder unwichtig und es handelt sich bei allen Positionen um Zwangsbedarf. Nur ein Beispiel einer Begründung: Schläuche. Begründung: "Neuste Generation kann nass zusammengerollt werden". Das ist keine Begründung, das ist ein Produktebeschrieb. Müssen alte Schläuche ersetzt werden? Man weiss es nicht. Sind es neue Schläuche? Handelt es sich um eine Ersatzbeschaffung? Wie dringend ist es? Hierzu gibt es keine Angaben. Was passiert, wenn man diese Schläuche nicht beschafft? Nichts. Die Unterlagen, welche die Feuerwehr eingereicht hat, sind für eine saubere Begründung nicht tauglich und genügen den Anforderungen nicht. Die Verantwortung hierfür liegt beim Departement Sicherheit. Also bevor man lautstark ausruft, sollte man zuerst die Hausaufgaben erledigen. Information ist eine Bringschuld, vor allem dann, wenn man etwas haben will. Die Finanzkommission ist keine Fachkommission und masst sich deshalb nicht an, Einzelpositionen zu beurteilen. Ausnahmen bestätigen die Regel. Bei solchen Budgetsprüngen wird allgemein eine Kürzung auf den Durchschnitt der Vorjahre vorgenommen. Der zuständige Departementsvorsteher kann mit den Kürzungsanträgen einverstanden sein oder er muss mit guten Argumenten und besserem Fachwissen seine Gemeinderatskollegen in der Budgetsitzung überzeugen. Er ist die Schlüsselfigur. Nach allen bisherigen Erfahrungen trägt der Gemeinderat, wenn der zuständige Departementsvorsteher sauber und engagiert begründet, die Anträge des zuständigen Vorstehers mit. Wir wissen nicht was diesmal geschehen ist. Eines ist für mich aber sicher, wenn ein Departementsvorsteher nicht die besseren Argumente wählt, wie sie der Finanzkommission in den Budgetunterlagen vorgelegen sind, konnte der Gemeinderat gar nicht anders als dieses Budget zu kürzen. Er hat dies auch gemacht und zwar von Fr. 82'000.00 auf Fr. 62'000.00. Dies ist ein völlig normaler Vorgang, welcher in anderen Departementen zu keinen grösseren Diskussionen führt. In der Schule haben wir dies öfters gemacht. Bei der Feuerwehr ist in den letzten Jahren nie eine Kürzung angebracht worden. Was jetzt passiert ist, ist einmalig. Es wurde eingeheizt und zwar über E-Mail, SMS, Facebook und selbst in der Presse hat man versucht, Einfluss zu nehmen und hat Druck aufgebaut. Es geht jetzt nicht mehr darum, ob Fr. 20'000.00 mehr oder weniger. Jetzt geht es um eine Grundsatzdiskussion, wie wir in unserer Gemeinde funktionieren wollen und wie wir Nötigungen, Drohungen und Unwahrheiten vom Kader unserer Gemeinde akzeptieren wollen oder nicht. Personen sind mit an Nötigung grenzendem Druck dazu gebracht worden Unterschriften abzugeben, Feuerwehrangehörige welche nicht die offizielle Feuerwehr-Meinung teilen, müssen mit Mobbing rechnen. Es sind Drohungen im Hinblick auf die Wahlen ausgesprochen worden und es wurde behauptet, mit dieser Kürzung sei die Sicherheit der Feuerwehrangehörigen nicht mehr gewährleistet. Eine glatte Unwahrheit. Zur Sache selber: Im Budget sind Fr. 42'000.00 für persönliches Material, welches man im weitesten Sinn für die Sicherheit betrachten kann, eingestellt. Dieses Material kann auch bei einer Kürzung problemlos beschafft werden. Dies beinhaltet auch T-Shirts mit Stickerei, welche so unglaublich dringlich sind, dass die Feuerwehrangehörigen bereits jetzt aufgeboten wurden, Mass nehmen zu lassen. Es bleiben Fr. 20'000.00 für die Anschaffung von weiterem Material, welches die Feuerwehr selbstverständlich selber priorisieren kann. Die Anschaffungen im Betrag von Fr. 20'000.00, welche man in diesem Jahr nicht tätigen kann, kann man im nächsten Jahr immer noch machen. Das ist sicher nicht zu spät. Ich bitte Edgar Westphale als Departementschef aufzuzeigen, wo und wie die Sicherheit durch dieses Vorgehen beeinträchtigt wird. Es wurde nachträglich behauptet und wird noch immer behauptet, der Ersatz von gewissen Sachen sei längst überfällig. Ich möchte vom Edgar Westphale wissen, warum dieser Ersatz nicht bereits in den Vorjahren, zum Beispiel im 2010, als Fr. 20'000.00 in diesem Budgetposten eingestellt waren, beantragt wurde? Warum hat man es zu einem Anschaffungstau kommen lassen? Wenn diese Fragen hier nicht befriedigend beantwortet werden können, ist klar, dass jemand versagt hat. Aber nicht der Gemeinderat und die Finanzkommission. Noch zum Ablauf: Die Budgetsitzung des Gemeinderates hat am 29. Au-

gust stattgefunden. Anfangs Oktober, vier Wochen nach der Budget-Sitzung, hat sich der Kommandant brieflich an den Gemeinderat und an die Finanzkommission gewandt. In seinem Schreiben wirft er beiden Organen ein grobes Foul vor. Bereits am 24. September hat ein Angehöriger der Feuerwehr im Facebook eine Gruppe mit dem Namen "Zollikofen sparen um jeden Preis" gegründet. Dieser Angehörige hat im Facebook mit Aufrufen, Fotos und 15 Einträgen die Stimmung aufgeheizt. Man hätte meinen können, die Sicherheit von Zollikofen hinge an einem seidenen Faden. Noch am gleichen Tag hat im Facebook ein intensiver Austausch mit verschiedenen Leuten stattgefunden, unter anderem hat sich auch Edgar Westphale daran beteiligt. Er hat der Gruppe Unterstützung zugesichert. Im Wortlaut: "Ich werde die Fraktion überzeugen Antrag zu stellen". Weiter: "Am 19. Oktober findet die nächste GGR-Sitzung statt, auf zahlreiches Erscheinen". In den folgenden Tagen haben sich noch weitere Personen an diesem Austausch beteiligt. Hauptdialog-Partner war immer der Gründer dieser Facebook-Gruppe. Er hat eingeeizt: "Die Politik hat versagt, sie haben ja einen schönen Bürojob und verbrennen sich die Finger nicht. In unserer Kasse ist genug Geld vorhanden und alle meinen es werde für die Sicherheit eingesetzt. Krass. Wir verfügen über Kombi welche nicht mehr den Vorschriften entsprechen. Man kauft sich das Material selber, weil man sich die Finger verbrennt." Herr Jenni, warum haben Sie nicht vorher dafür gesorgt, dass dieses Material beantragt wird. Erklären Sie das ihren Leuten. Warum hat das Kader es soweit kommen lassen, dass, wenn dies wahr ist, sich die Feuerwehrangehörigen ihr Material selber kaufen müssen. Der Facebook-Dialog zeigt, dass kaum jemand eine Ahnung hatte, worum es geht. Die Leute machten sich sorgen. Jemand schrieb beispielsweise: "Es ist krass wie man mit den Bürgern umspringt". Interessanterweise hat sich Bruno Vanoni auch kräftig an diesem Austausch beteiligt. Will er etwa seinen grünen Gemeinderat schützen? Liebe Mitglieder des Gemeinderates, hier war im übertragenen Sinn ein Anzünder unterwegs, welcher Feuer gelegt und eingeeizt hat. Vielleicht hat er es gut gemeint, vielleicht war er auch frustriert, weil gewisse Sachen nicht so laufen wie er es gerne hätte. Das kann ich nicht beurteilen. Aber er hat verantwortungslos gehandelt und weit über das Ziel hinausgeschossen, seine eigenen Leute und einen Kreis von 680 Facebook-Teilnehmern verunsichert. Diese wissen nicht woran sie sind. In jeder Organisation, in jedem Unternehmen würde jemand, welcher so unsachlich gegen die eigenen Vorgesetzten und gegen den eigenen Arbeitgeber vorgeht sehr wahrscheinlich fristlos auf die Strasse gestellt. Dass Kommandant Küenzi nicht eingegriffen hat, erachte ich als Führungsversagen. Das aber der zuständige Departementsvorsteher die Stimmung auch noch mitangeheizt hat und dem Gemeinderat in den Rücken gefallen ist, ist eine schlichte Katastrophe. Dieser Mann weiss nicht was seine Aufgabe, seine Verantwortung und seine Funktion ist und hat völlig naiv gehandelt. Wenn dieses Parlament und der Gemeinderat sich nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen will, müssen solche Machenschaften abgestellt werden. Alleine aus diesen grundsätzlichen Überlegungen ist der Antrag abzulehnen, denn die Sicherheit wird dadurch in keiner Art und Weise gewährleistet. Wir werden dies noch im Detail aufzeigen.

Hans Peter Baumann, 1. Vizepräsident: Ich habe kurz das Präsidium übernommen, weil der Präsident kurz die Toilette aufsuchen musste. Gibt es weitere Voten aus den Fraktionen?

Roland Stucki, EVP: Nach diesem Votum bin ich ziemlich aufgewühlt. Wenn die Aussagen von Heinz Buser wahr sind, sehe ich keine Chancen, dass wir dem Antrag der GFL, um Aufstockung des Budgets, zustimmen. Ich muss mich auch über das Votum von Bruno Vanoni wundern. Dieses Votum hätte eigentlich Edgar Westphale im Gemeinderat halten müssen. Er hätte sich für die Feuerwehr einsetzen müssen, so wie dies Heinz Buser ausgeführt hat, dann wäre es gar nie so weit gekommen. Das was nun hier läuft, ist Stimmungsmache und das kann man in keiner Art und Weise gutheissen, das geht wirklich zu weit. Aus diesem Grund wird sich unsere Fraktion beraten und höchstwahrscheinlich gegen diesen Antrag stimmen.

Susanne Meierhans, CVP: Es ist so eine Sache mit der Feuerwehr. Jeder hofft, dass er sie nie in Anspruch nehmen muss. Doch wenn dies trotzdem der Fall sein sollte, erwarten wir alle, dass sie sofort, bestens ausgerüstet und kompetent handelnd auf Platz ist. Jede Minute

kommt einen vor wie eine Ewigkeit. Stellen sie sich vor es brennt, im Keller schwimmen eure Akten und Bilder davon, euer Lieblingskätzchen traut sich nicht mehr vom Baum herunter, eine Person steckt im Lift fest. Was machen wir dann? Wir rufen die Nummer 118 an. Doch keiner kann helfen, weil das nötige Material fehlt. Es steht keine einsatztüchtiges Fahrzeug zur Verfügung. Wie viel ist uns unsere Sicherheit wert? Das ist doch die Frage. Wie viel ist uns die Sicherheit der Bevölkerung von Zollikofen wert? Die Feuerwehrleute, das sind Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn und Mitbürger von uns allen. Ist das im Einsatz benötigte Material nicht sofort zur Verfügung, folgen umgehend Vorwürfe an die Feuerwehr: „Wieso verfügt ihr nicht über dieses Material? Warum müssen wir solange auf eure Hilfe warten?“. Benötigt man das entsprechende Material aber nicht, heisst es, es handle sich hierbei um Wunschbedarf. Das ist Luxus, wir brauchen das doch gar nicht. Es kann sein, dass wir nächstes Jahr nicht von einem Hochwasser heimgesucht werden. Dann benötigen wir auch keinen Generator und auch keinen zusätzlichen Wassersauger. Damit aber unsere Leute über gutes Material verfügen können, gibt es die Spezialfinanzierung. Diese ist für die Beschaffung von Material, Fahrzeugen und auch für die Ausbildung unserer Feuerwehrleute gedacht. Dieses Material wird in den Übungen und im Ernstfall stark strapaziert. Das Material ist Wasser, Hitze, Dreck und Sand ausgesetzt. Die Anforderungen an Mensch und Material sind laufend durch die heutigen komplexen Herausforderungen an uns alle und besonders an eine Ortsfeuerwehr gestiegen. Hinzu kommt, dass die Vorschriften der Gebäudeversicherung einzuhalten sind. Die Bereitschaft in Zollikofen Feuerwehrdienst zu leisten ist nicht selbstverständlich. Es ist in der heutigen Zeit nicht mehr opportun freiwillig für die Gemeinschaft Zeit einzusetzen und Dienst für die Gemeinschaft zu leisten. Auch bei den Arbeitgebern gibt es hierfür immer weniger Verständnis. Wer Pikett leistet, ist bereit während 24 Stunden während 365 Tagen im Jahr einsatzbereit zu sein. In der Nacht um 02.00 Uhr muss man in fünf oder sogar zwei Minuten im Magazin sein und innert zehn Minuten ist man am Einsatzort. Dafür werden freiwillig, unzählige Stunden von den Angehörigen der Feuerwehr aufgewendet. Durch stetige Übungen, während des Pikettdienstes sind dies meist mehrere pro Monat. Hier wird darauf hingearbeitet im Ernstfall kompetent und richtig zu handeln. Die Feuerwehr ist die einzige Organisation welche innert zehn Minuten vor Ort ist. Die Angehörigen der Feuerwehr sind unverzüglich auf Platz. Sie wissen nie, was sie am Einsatzort erwartet. Feuerwehrdienst zu leisten, dies möchte ich betonen, ist im Kanton Bern fast in allen Gemeinden obligatorisch und nicht freiwillig. Wenn ich nicht in der Feuerwehr aktiv bin, zahle ich Ersatzleistungen. Mit eben diesem Geld wird die Spezialfinanzierung gespiesen um gutes Material anzuschaffen und auch um eine gute Ausbildung der Angehörigen der Feuerwehr zu gewährleisten. Was im Vorfeld nicht gut gelaufen ist, sind die Unterstellungen, die Vorwürfe, der erzeugte Druck. Das zeugt von geringem Respekt und dient der Sache, welche so wichtig ist, überhaupt nicht. Wenn man in einem solchen Moment merkt, dass einem Informationen fehlen, ist es doch wichtig sich diese zu besorgen. Die Feuerwehrleute wissen wovon sie reden. Ich habe auch 12 Jahre Feuerwehrdienst geleistet und weiss auch wovon ich rede. Aber die grosse Mehrheit hier im Parlament und in den Kommissionen hat von den Risiken und Herausforderungen im täglichen Feuerwehralltag keine Ahnung. Deshalb verurteile ich diese Druckmacherei, die Drohungen und das Freisetzen von Aggressionen im Vorfeld aufs Schärfste. Auch das Missbrauchen von Leuten, beispielsweise über Facebook, welche von der Sache nicht direkt betroffen waren ist falsch. In einem solchen Moment braucht es sachliche Gespräche und vertiefte Informationen vor Ort von einzelnen Leuten. Nur dies führt zu Verständnis und zu breit abgestützten Lösungen. Trotz allem anerkennen wir den Einsatz unserer Feuerwehrleuten, unseren Nachbarinnen und Nachbarn, unseren Kolleginnen und Kollegen für ihren Dienst an unserer Gemeinschaft. Die CVP Fraktion beantragt deshalb die Wiederaufnahme für die Beschaffungskosten im Budget der gestrichenen Fr. 20'000.00. Ihr konntet vorhin hören, dass man letztes Jahr nicht so viel Geld benötigt hat. Man kann sagen, dass es sich hierbei um einen Planungsfehler handelt. Wir können der Feuerwehr aber auch zugestehen, dass man nun für das nächste Jahr mehr Geld einsetzt. Wir begrüßen natürlich, dass der Gemeinderat von sich aus vorgeschlagen hat, das entsprechende Geld für den Ersatz des Einsatzfahrzeuges „Lotti“ wieder im Budget einzustellen. In der November Sitzung des Parlamentes sollte es möglich sein über all diese Anträge sachlich zu diskutieren. Bis dahin hat die Feuerwehr, insbesondere das Kader die Chance, die Leute in den Fraktio-

nen und Kommission entsprechend umfassend zu informieren. Sie können den Politikerinnen und Politikern erklären was das „Lotti“ ist und können ihnen allenfalls auch das benötigte Einsatzmaterial erklären.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte eine persönliche Erklärung gestützt auf Artikel 26 Absatz 2 unseres Reglements abgeben. Ich und vor allem auch andere Personen wurden im Votum von Heinz Buser ziemlich angegriffen. Ich finde es unfair, dass er Leute im Publikum, welche sich nicht zu Wort melden können, mit Fragen und Vorwürfen eingedeckt hat. Das wollte ich zu Protokoll geben. Nun ein zweiter Punkt: Ich durfte Heinz Buser in einem E-Mail bereits einmal zur Fairness ermahnen. Heinz Buser hat mir in beiden Punkten damals Recht gegeben. Ich finde man muss anerkennen, dass Heinz zugegeben hat, dass er nicht Vorwürfe oder Halbwahrheiten in die Welt setzen sollte, welche nicht gesichert sind. Nun hat er hier wieder das Gleiche getan und davon bin ich enttäuscht. Ich finde es auch unfair, wenn Roland Stucki nachdoppelt, indem er suggeriert, der zuständige Gemeinderat habe sich im Gemeinderat für die entsprechenden Anliegen nicht eingesetzt. Erstens können wir das gar nicht wissen und zweitens ist der Gemeinderat eine Kollegialbehörde und alle Mitglieder sind gehalten, sich an die entsprechend gefassten Beschlüsse zu halten. Somit können wir gar nicht erfahren, ob sich der Departementschef für das Anliegen eingesetzt hat oder nicht. Aber ich hoffe, wir können nun die emotionale Seite dieser Diskussion auf die Seite schieben und zur Sache zurückkehren. Es geht eigentlich wirklich nur darum, ob wir nach der Rasenmäher-Methode Kürzungen vornehmen wollen oder wollen wir der zuständigen Fachkommission und ihren begründeten Anträgen folgen?

Heinz Buser, FDP: Es waren eben gerade nicht oder zumindest schlecht begründete Anträge. Das ist einer der Punkte bei welchen ich mich dann fragen muss, was wir tun, wenn wir nicht über die notwendigen Informationen verfügen? Der andere Punkt betreffend der Fairness ist richtig. Wir wissen nicht was im Gemeinderat abgelaufen ist. Aber was sich ein Gemeinderatsmitglied erlaubt im Facebook Beiträge abzugeben anstatt seine Verantwortung wahrzunehmen, hat mein Vorstellungsvermögen gesprengt. Das ist unfassbar. Eines ist sehr wichtig: Die ganze Angelegenheit hat überhaupt nichts damit zu tun, ob man die Arbeit, den Einsatz und die Aufopferung welche die Feuerwehr in all diesen Jahre geleistet hat schätzt oder nicht. Selbstverständlich wird diese Arbeit geschätzt. Susanne, es besteht kein Zweifel daran. Und es geht ja nicht darum, dass man der Feuerwehr keine Mittel zugestehen will. Beinahe drei Viertel der beantragen Anschaffungen kann man tätigen. Alle sicherheitsrelevanten Aspekte kann man abdecken. Es handelt sich um Fr. 20'000.00 welche man bei den nicht ganz so wichtigen Sachen einsparen muss. Die Feuerwehr kann selber entscheiden, was nicht so wichtig ist. Und es gibt mit Sicherheit Positionen welche man nicht zwingend im 2012 anschaffen muss, sondern in das Jahr 2013 verschieben kann. Dieser Vorgang ist in jedem anderen Departement völlig normal. Die Begründung für Anschaffungen lautet: Es ist zweckmässig, es ist nötig und es stellt keinen Luxus dar. In der Schule könnten so jedes Jahr für mehrere hunderttausend Franken Anschaffungen getätigt werden. Jeder kann sagen es ist zweckmässig, es ist praktisch und es macht sogar Sinn und trotzdem geht man in Etappen vor und tätigt nicht alle Anschaffungen in einem Jahr. Genauso möchte ich dies auch im Bereich der Feuerwehr haben. Ich habe vorhin direkt Personen angegriffen, welche sich nicht wehren können, das tut mir leid. Aber dann muss dies eben der Departementsvorsteher tun. Wenn man bei diesen Fr. 20'000.00 genau begründet hätte, welcher Sicherheitsaspekte bei einer allfälligen Streichung nicht abgedeckt wären, hätten wir eine völlig andere Situation. Doch dies müsste explizit gemacht werden, denn eine Pauschalisierung ist hierbei nicht richtig.

Toni Oesch, FdU: Je länger Herr Buser gesprochen hat, desto weniger glaube ich ihm was er gesagt hat.

Heinz Buser, FDP: Sie können es ja selber nachlesen.

Toni Oesch, FdU: Er sagt, es handle sich nicht um ein Misstrauensvotum gegenüber der Feuerwehr, aber genau das ist es eben. Wenn man Vertrauen in die Feuerwehr hat, dann müssen die beantragten Mittel gesprochen werden. Nun wird die Feuerwehr gestraft, weil man sagt, sie habe die entsprechenden Budgetblätter nicht korrekt ausgefüllt und nicht entsprechend geplant. Bis anhin hat die Feuerwehr nicht so viele Mittel benötigt. Doch nun werden diese benötigt. Darum ist das Verhalten des Gemeinderates peinlich. Ich habe vielleicht nicht die gleichen Werte wie Herr Westphale aber ich weiss wie die Mechanismen im Gemeinderat funktionieren. Wenn der Oberboss sagt wie es läuft, hat ein einzelner Gemeinderat keine Chance mit seinem Anliegen durchzudringen. Herr Buser hat gesagt, dass jemand, der sich so gegenüber seinen Vorgesetzten beziehungsweise seinem Unternehmen verhält, würde fristlos entlassen. Wahrscheinlich hätte man ihn fristlos entlassen müssen.

Präsident: Darf ich Sie bitten, Ihre Angriffe zu mässigen und zum Thema zurückzukehren.

Toni Oesch, FdU: Herr Kocher, Sie sollen mir nicht immer ins Wort fallen.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Oesch ich bitte Sie sich anständig gegenüber unserem Parlaments-Präsidenten zu verhalten.

Toni Oesch, FdU: Ich wollte über die Feuerwehr sprechen, aber das passt dem Gemeindepräsidenten auch nicht. Ich beantrage die Fr. 20'000.00 zu bewilligen das heisst: Der gesamte Budgetbetrag beläuft sich dann auf Fr. 82'860.00.

Beat Nydegger, SP: Hier geht es momentan dermassen emotional zu und her und ich bin mir nicht sicher, ob eine sachliche Abstimmung unter diesen Umständen möglich ist. Aus diesem Grund beantrage ich, dass zu diesem Budgetpunkt eine geheime Abstimmung durchgeführt wird.

Präsident: Es handelt sich hierbei um einen Ordnungsantrag, welcher sofort behandelt wird, auch wenn allenfalls noch Voten zu diesem Thema gewünscht werden. Möchte jemand zu diesem Ordnungsantrag betreffend der geheimen Abstimmung Stellung nehmen, der soll sich bitte jetzt melden. Über das entsprechende Verfahren werde ich gleich etwas sagen. Keine Voten. Nach unserer Geschäftsordnung, Artikel 52 müssen mindestens 10 Ratsmitglieder diesem Antrag zustimmen, damit eine geheime Abstimmung stattfindet. Ich werde jetzt die Frage stellen, ob das Parlament eine geheime Abstimmung durchführen will. Wer dies möchte soll dies jetzt zeigen. Das sind klar mehr als 10 Stimmen. Da es hier um ein Quorum geht und nicht um eine Ausmittlung, muss ich die Frage nach den Gegenstimmen nicht stellen. Wir werden also geheim über den Antrag der GFL abstimmen. Wir waren noch in der Diskussion zu diesem Antrag. Gibt es hierzu noch Voten bevor der Gemeinderat hierzu Stellung nehmen kann?

Elisabeth Wendelspiess, CVP*: Ich möchte auch gerne eine persönliche Erklärung nach Artikel 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung abgeben. Ich mache dies aus dem Grund, da ich das einzige Mitglieder der Sicherheitskommission bin, welches auch im Parlament Einsitz hat. Ich finde die bisherige Diskussion mit den persönlichen Voten und Anschuldigungen nicht sehr sachlich. Es ist so, dass die Sicherheitskommission über eine gute Fachkompetenz und zwar aus allen grossen Parteien verfügt. Ich bin der Ansicht, wenn man sich informieren will was läuft, können die Parteien mit ihren Mitgliedern Rücksprache nehmen, auch wenn sie nicht im GGR vertreten sind und so ihre Meinung bilden. Probleme können so frühzeitig angegangen werden. Es verfügt nicht nur die Finanzkommission über entsprechende Sachkompetenz. Ich hoffe dass die Koordination mit den Kommissionsmitgliedern, welche zum Teil auch untereinander Austausch betreiben, funktioniert. Dies möchte ich euch mit auf den Weg geben.

* Protokollkorrektur s. Seite 249
des Protokolls vom 23.11.2011

Präsident: Es hat sich noch Roland Stucki gemeldet, dann wollen wir langsam zum Abschluss kommen.

Roland Stucki, EVP: Ich bin der Ansicht, dass eine geheime Abstimmung etwas krass ist. Wenn ich mir diese Situation betrachte ist es wohl besser, wenn man über diesen Punkt in der November-Sitzung abstimmen würde. Meine Frage ist nun, ob es möglich ist, diesen Punkt auszuklammern und an der November-Sitzung darüber abzustimmen?

Präsident: Möchte der Gemeinderat dazu Stellung nehmen?

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Zu dieser technischen Frage: Das ist nicht möglich, das Budget wird integral beziehungsweise alle 850 Positionen werden heute Abend verabschiedet.

Susanne Meierhans, CVP: Ich verstehe die ganze Diskussion um eine geheime Abstimmung nicht ganz. Es geht doch nur darum diesen Betrag wieder im Budget einzustellen. Die effektive Abstimmung ob wir das wollen oder nicht, wird an der November-Sitzung stattfinden, aber nicht heute

Präsident: Hierzu gibt es folgendes zu sagen: Das Parlament muss über den Antrag betreffend Wiedereinstellen der Fr. 20'000.00 sowie über den Antrag des Gemeinderates abstimmen. Über den Antrag die Fr. 20'000.00 wieder in das Budget einzustellen wird geheim abgestimmt, dies haben wir mit dem entsprechenden Quorum beschlossen. Ich stelle fest, es gibt keine inhaltlichen Voten hierzu mehr. Somit hat Gemeinderat Edgar Westphale abschliessend das Wort.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Zwei oder drei Bemerkungen hierzu. Wie Elisabeth Wendelspiess richtig bemerkt hat, sind in der Sicherheitskommission sämtliche Parteien vertreten. Die Sicherheitskommission hat dem Budget einstimmig zugestimmt, weil wir die entsprechenden Anschaffungen als nötig erachtet haben. In einer ersten Sichtung dieses Budget sind auch wir erschrocken. Fr. 82'000.00 für das Jahr 2012, im Jahr zuvor waren es Fr. 40'000.00 noch ein Jahr zuvor waren es Fr. 20'000.00, wo führt dies hin, haben wir uns gefragt. Findet nun in den nächsten Jahren immer eine Verdoppelung des Budgets statt? Wir haben vom Kommando eine 4-Jahres-Planung verlangt, da wir wissen wollten, was in den nächsten Jahren für Anschaffungen geplant sind. Wir konnten feststellen, dass nur im Jahr 2012 eine solche Spitze vorliegt. Im Jahr 2013 werden wir, wenn ich es richtig im Kopf habe, mit Stand heute, mit Anschaffungen im Betrag von Fr. 30'000.00 rechnen müssen. Der Durchschnitt der nächsten vier Jahre beläuft sich auf knapp unter Fr. 40'000.00. Somit wird klar, dass sich diese Anschaffungsspitze nur auf das Jahr 2012 beschränkt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es sich hierbei um nötige und wichtige Anschaffungen handelt. Zum Facebook-Eintrag: Hier wäre es nett gewesen, wenn Heinz Buser den ganzen Text zitiert hätte und nicht nur eine kleine Passage daraus. Es ging hierbei um folgendes: Zuerst hiess es, „Lotti“ würde überhaupt nicht beziehungsweise erst im Jahr 2013 angeschafft. Ich habe richtig gestellt, dass mit der Streichung, welche der Gemeinderat vorgenommen hat, das „Lotti“ noch nicht beerdigt sei und dass die nächst höhere Instanz der GGR sei. Im Parlament kann entschieden werden, ob diese Abschreibung wieder im Budget aufgenommen werden soll oder nicht. Ich habe auch geschrieben, dass bei einer Wiedereinstellung der Fr. 20'000.00 noch nicht feststehe, dass das Einsatzfahrzeug angeschafft wird, sondern dass ein entsprechendes Geschäft in einer nächsten Parlaments-Sitzung noch einmal behandelt wird. Es geht hierbei um die Kreditfreigabe. Anschliessend wird dieses Geschäft wieder in der Sicherheitskommission behandelt, welche das entsprechende Fahrzeug auswählt und das Geschäft dann wieder zu Behandlung in den Gemeinderat schickt. Hierzu habe ich der Gruppe meine Unterstützung zugesichert. Das ist der ganze Kontext. Es handelte sich hierbei nicht um ein „Anheizen“, sondern um das Erklären einer sachlichen Grundlage. Wenn man den ganzen Text gelesen beziehungsweise hier im Rat dargelegt hätte, wäre dies nur fair.

Präsident: Nun liegen uns hierzu zwei Anträge vor. Ein Antrag stammt vom Gemeinderat, dieser möchte die Streichung betreffend Abschreibung im Konto 140.322.00 rückgängig machen. Der neue Betrag beläuft sich somit auf Fr. 83'230.00. Über diesen Antrag werden wir zuerst abstimmen. Diese Abstimmung erfolgt nicht geheim, denn der Antrag von Beat Nydegger hat sich auf den zweiten Antrag der GFL/CVP bezogen. Über den Antrag des Gemeinderates wird nun abgestimmt.

Dem Antrag des Gemeinderates wird mehrheitlich zugestimmt.

Präsident: Wir kommen nun zum Konto 140.311.02, Anschaffungen von Ausrüstung und Korpsmaterial. Hier geht es um die Erhöhung von Fr. 20'000.00 auf total Fr. 82'860.00. Hier stimmen wir geheim ab. Dieser Vorgang wird folgendermassen ablaufen: Ich werde nun die Mitglieder des Ratsbüros bitten nach vorne zu kommen. Die Stimmzählerin und der Stimmzähler werden den Parlamentsmitgliedern nun einen grünen Zettel austellen. Es darf ausschliesslich dieser Zettel für die Abstimmung verwendet werden. Auf den Zettel kann man Ja oder Nein schreiben. Ja bedeutet, dass Sie dem Antrag der GFL/CVP zustimmen, Nein bedeutet, dass Sie diesen Antrag ablehnen. Sie können den Zettel leer lassen oder „Enthaltung“ darauf schreiben, dann wird diese Stimme als Enthaltung gewertet. Wir müssen am Schluss wieder alle Zettel einsammeln und diese mit dem Ratsbüro auswerten. Für die Auswertung werden wir einen Sitzungsunterbruch von rund zehn Minuten durchführen. Ich bitte nun die Stimmzählerin und den Stimmzähler nach vorne zu kommen. Ja, Herr Oesch, Sie haben noch eine Frage?

Toni Oesch, FdU: Ich mache darauf aufmerksam, dass es sich bei diesem Antrag, über welchen nun geheim abgestimmt wird, auch um einen Antrag der CVP* handelt.

Präsident: Das ist richtig. Ich habe immer von einem gemeinsamen Antrag der GFL und der CVP gesprochen.

(Anmerkung des Protokollführers: Die Sitzung wird um 21.44 Uhr zur Durchführung der geheimen Abstimmungen unterbrochen. Die Sitzung wird um 21.54 Uhr wieder aufgenommen).

Präsident: Ausgeteilte Stimmzettel: 35. Eingelangte Stimmzettel: 35, davon 4 leere. Wir haben 31 gültige Stimmen. Ja: 13 Stimmen. Nein: 18 Stimmen, 4 Enthaltungen.

Der Antrag der GFL/CVP* wird mit 18 zu 13 Stimmen, bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident: Somit haben wir das Kapitel Öffentliche Sicherheit behandelt, wir kommen nun zum Kapitel Bildung.

Konto 2 Bildung, Seiten 8 bis 11 (ohne Kontengruppe 212 Sekundarstufe I)

Keine Wortmeldungen.

Konto 3 Kultur/Freizeit, Seiten 11 bis 14

Markus Dietiker, SP: Seite 13, Konto 3, Kultur und Freizeit. Ich spreche zum Konto 330.311.01 Anschaffungen und Unterhalt. Wie ich gehört habe, ist diese Position aus mir unbekanntem Gründen offenbar gekürzt worden. Das Sonnensegel auf dem Spielplatz Molkereischule bietet in allen Bereichen einen zuverlässigen Schutz vor der Sonne und gefährlicher ultravioletter Strahlung. Es wäre schön, wenn zukünftig die Kinder und auch die Eltern vor allzu grosser Sonneneinstrahlung geschützt würden. Das Einsetzen des vorher budgetierten Postens bedeutet, dass eine kleine Mehrbelastung das Budget zugunsten der Gesundheit unserer Kinder belastet, was sicher Sinn macht. Ich beantrage diesen Budgetposten von Fr. 3'500.00 wieder auf den ursprünglich Betrag von ca. Fr. 12'000.00 zu erhöhen.

* Protokollkorrektur s. Seite 248/249 des Protokolls vom 23.11.2011

Präsident: Weitere Voten?

Susanne Meierhans, CVP: Ich spreche zum Posten 309.365.08, Beitrag an KulturLegi Region Bern. Die Gemeinde verfügt über, den Leitsatz: „Die Gemeinden unterstützt die KulturLegi kurzfristig 1 bis 3 Jahre“. Wieso ist nun der diesbezügliche Antrag der Kulturkommission welcher Fr. 8'680.00 umfasst, gestrichen worden?

Präsident: Wir sammeln entsprechende Voten und anschliessend wird der Gemeinderat dazu Stellung nehmen.

Hannah Einhaus, SP: Die SP hat zum gleichen Punkt, der KulturLegi, einen Antrag vorbereitet. Dieser Antrag will, dass man den entsprechenden Betrag wieder im Budget aufnimmt und zwar aufgrund folgender Begründung: „Bei der KulturLegi handelt es sich um eine Investition, welche ursprünglich die Caritas eingeführt hat. Im Kanton Bern gibt es 280 Angebote, welche von der KulturLegi akzeptiert werden. Die KulturLegi ermöglicht Leuten mit geringen finanziellen Möglichkeiten, Vergünstigungen von rund 70 Prozent. Dies betrifft die unterschiedlichsten Bereiche, wie Eintritte in Kulturzentren, Museen, Kinos, Theater und beispielsweise auch Eintritte für einen YB-Match. Hinzukommen auch Ermässigungen für Zeitungsabos sowie für den Besuch von Bibliotheken sowie Vergünstigungen von Musikunterricht. Ich denke, das sind genügend Argumente um Menschen mit einem geringeren Einkommen entgegenzukommen und ihnen den Zugang zu solchen Angeboten zu ermöglichen. Aus diesem Grund beantragen wir, dass die KulturLegi, beziehungsweise die Fr. 8'680.00, wieder aufzunehmen sind.“

Toni Oesch, FdU: Seite 12, Rubrik Theater, Konzerte, Konto 302.365.01. Die Gewerbeausstellung Zollikofen (GAZ) wird mit Fr. 10'000.00 unterstützt. Unserer Erfahrungen nach handelt es sich hierbei um eine verdeckte Parteiunterstützung, wie wir im Jahr 2004 erfahren mussten. Da wurden wir als Partei eingeladen. Wir bezahlten einen schönen Obolus und haben Fronarbeit geleistet. Wir durften die Unterschriftenbogen für unsere Initiative "Fr. 150'000.00 sind genug", nicht auflegen. Derweil hat die SVP nebenan in einem grossen Raum Videos mit Wahlpropaganda abgespielt, sodass wir unser eigenes Wort nicht mehr verstanden haben. Richtig wäre, wenn die GAZ jeweils ein Jahr nach den Gemeindewahlen stattfinden würde. Weiter auf Seite 12, gleiche Rubrik Konto 302.365.01, Vorbereitung kultureller Grossanlass 2013. Ich vergleiche dies mit den Dorffesten, welche wir jeweils in Zollikofen durchgeführt haben. An diesen konnten wir jeweils viel Geld sammeln, wie zum Beispiel für unser Schwimmbad beziehungsweise die Sportanlage Hirzenfeld. Ich kann hier eine Zwischenbemerkung betreffend Feuerwehr anbringen. An einem dieser Dorffeste hat Klaus Jost als Feuerwehrmann ein grosses Festzelt abgespritzt. Dies diente zur Abkühlung, da damals eine sehr grosse Hitze herrschte. Und wie war es dieses Jahr mit dem Kulturanlass? Die Gemeinde hat Fr. 10'000.00 gespendet. In letzter Minute wurden dann im MZ noch freiwillige Helferinnen und Helfer gesucht. Das A und O einer solchen Veranstaltung muss sein, dass genügend Geld, inklusive Businessplan und auch genügend freiwillige Helfer vorhanden sind. Wenn dies nicht möglich ist, muss der Anlass abgesagt werden.

Präsident: Herr Oesch, haben Sie mit Ihren Aussagen lediglich eine Bemerkung angebracht oder stellen Sie einen konkreten Antrag?

Toni Oesch, FdU: Es ist kein Antrag.

Präsident: Wir befinden uns noch im Kapitel Kultur und Freizeit, gibt es weitere Voten?

Markus Burren, SVP: Konto 320.318.01, Massenmedien; Internetauftritt, Dienstleistungen Dritter. Es handelt sich um das Redesign des Gemeinde-Internetauftritts. Wir stellen unseren Antrag nur, insofern einer der anderen zu diesem Thema gestellten Anträge angenommen

wird. Auf die Fr. 5'940.00 möchten wir verzichten. Mit diesem Redesign wird lediglich die Einstiegsseite etwas verändert, ansonsten bleibt alles weitgehend gleich.

Marceline Stettler, GFL: Im Namen der GFL Fraktion möchte ich gerne auf die KulturLegi zurückkommen. Auch für uns ist es wichtig, dass Menschen mit einem kleinen Einkommen ein Zugang zu kulturellen, gesellschaftlichen und sportlichen Veranstaltungen ermöglicht wird. Wir stimmen diesem Antrag zu. Beim Sonnensegel an der Molkereistrasse gäbe es noch einen weiteren Punkt zu erwähnen. Was steht im Schwerpunktprogramm? "Begegnungsorte schaffen respektive erhalten", dieser Spielplatz ist eben ein solcher Begegnungsort und noch ein beliebter dazu.

Präsident: Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat zu den Anträgen Stellung nehmen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zur KulturLegi: Die KulturLegi wurde hier im Parlament im Jahr 2008 gestrichen. Wir haben in Zollikofen ein Kulturkonzept erarbeitet. Dies liegt ein wenig zurück, aber Ihr mögt euch sicher erinnern. In diesem Kulturkonzept wird aufgeführt, dass die KulturLegi im Jahr 2014 mit einem entsprechenden Konzept aufgenommen wird. Aus diesem Grund ist die KulturLegi nicht Bestandteil dieses Budgets. Die KulturLegi wurde nicht gestrichen und ist auch nicht vergessen gegangen. Im Kulturkonzept steht explizit, dass die KulturLegi im Jahr 2014 eingeführt wird. Ich bitte das Parlament diesem Konzept zu folgen. Das Parlament hat dieses Konzept zur Kenntnis genommen. Nun zum Redesign: Es wundert mich ein wenig, dass man dieses streichen will. Heutzutage gleicht der Web-Auftritt einer Gemeinde einer Visitenkarte. Jeder der etwas über Zollikofen in Erfahrung bringen will oder sich in Zollikofen niederlassen will, wird die Homepage konsultieren. Wir sind wohl vor einige Jahren mit dem Prix Eugen, für den besten Internet-Auftritt ausgezeichnet worden, doch mit der heute, rasanten Entwicklung, ist unsere Homepage bereits wieder veraltet. Ich bitte das Parlament diese Position nicht zu streichen, es ist eine Visitenkarte unserer Gemeinde. Zum Sonnensegel wird sich Joseph Crettenand äussern.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Im Februar hat der Familientreff dem Bereichsleiter Tiefbau einen Vorschlag für ein Sonnensegel beim Spielplatz an der Molkereistrasse unterbreitet. Dieser hat eine Offerte bei der Firma Vetsch AG in Winterthur eingeholt. Ein Betrag von Fr. 12'000.00 wurde im ersten Entwurf des Voranschlages 2012 unter der Konto-Nummer 330.311.01 Anschaffungen und Unterhalt Spielgeräte, eingeführt. Dieser Betrag enthält das Sonnensegel, das Betonfundament inklusive Aushub, eine Rundstange ohne Arbeit für die Montage sowie Materialtransport. Im Rahmen der Budgetbehandlung hat die Baukommission diese Position gestrichen. Die Begründungen für diesen Entscheid sind die folgenden: Es handelt sich um einen Wunschbedarf. Die Eltern tragen die Verantwortung gegenüber den Kindern betreffend des Sonnenschutzes. Das Einrichten des Spielplatzes an der Molkereistrasse hat schon damals wegen der hohen Kosten viel zu reden gegeben. Nun soll man wieder einen hohen Betrag investieren. Dazu kommt die Gefahr von allfälligen Vandalismusakten. Ich bitte Sie, den Antrag über die Einführung eines Betrages von Fr. 12'000.00 für dieses Sonnensegel in den Voranschlag abzulehnen.

Präsident: Nun kommen wir zur Abstimmung über diese Anträge.

Markus Burren, SVP: Wir sind froh, wenn über unseren Antrag am Schluss abgestimmt wird.

Präsident: Das habe ich so vorgesehen. Wir werden in der Reihenfolge über die Anträge abstimmen, wie diese gestellt wurden. Zuerst kommen wir zum Antrag der SP, Konto 330.311.01, Anschaffungen und Unterhalt Spielgeräte. Hier geht es um das Sonnensegel. Bei Annahme dieses Antrages würde diese Position von Fr. 3'500.00 auf Fr. 15'500.00 aufgestockt.

Der Antrag der SP wird mit 15 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Präsident: Wir kommen nun zum Antrag bezüglich Konto 309.365.08 Beitrag an KulturLegi Region Bern. Hier geht es um einen Betrag von Fr 8'680.00.

Der Antrag der SP wird mit 19 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Markus Burren, SVP: Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Konto 4 Gesundheit, Seiten 14 bis 15

Keine Wortmeldungen.

Konto 5 Soziale Wohlfahrt, Seiten 15 bis 17

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte etwas zum Konto 570.469.01, Betagtenheim Abgeltung Infrastruktur, sagen. Wenn man im Budget die Zahlen betrachtet, beziehungsweise den Vergleich zwischen der Rechnung und den beiden Voranschlägen zieht, kann man etwas Interessantes beobachten. In der Rechnung 2010 hat Zollikofen für das Betagtenheim einen Aufwand von rund Fr. 400'000.00 sowie einen Ertrag von Fr. 370'000.00 ausgewiesen. Somit ergibt sich ein Aufwandüberschuss von etwa Fr. 30'000.00. Im Voranschlag des laufenden Jahres ist kein Ertrag mehr budgetiert, nur noch ein Aufwand für Kapitalzinsen von gut Fr. 40'000.00. Diese Änderung ist auf die Änderung in der Pflegefinanzierung zurückzuführen. Diese Vorgaben kommen vom Kanton infolge einer Änderung auf Bundesebene. Und jetzt, im Voranschlag 2012, wird das Betagtenheim plötzlich zur Einnahmequelle für die Gemeinde. Fr. 266'210.00 sprudeln als Abgeltung Infrastruktur in die Gemeindekasse, also rund ein Viertelmillion Franken. In den Erläuterungen wird das mit der neuen Pflegefinanzierung begründet, die den Heimbewohnenden neu den sogenannten Infrastrukturbeitrag abverlangt. Aus den Tarifen der Pensionäre, oder wenn sie auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, aus Mitteln der öffentlichen Hand, fliesst nun also jährlich eine Viertelmillion in unsere Gemeinderechnung. Für mich passte dies nicht so recht zu den Mahnungen im Vorfeld der Volksabstimmung über das neue Alterszentrum. Das Betagtenheim werde, wenn man es nicht schliesse, zu einer finanziellen Belastung der Gemeinde. Deshalb wollte ich mehr darüber erfahren. Die Finanzverwaltung hat mir versichert, dass die erstmals budgetierte Einnahme in den finanziellen Berechnungen für die Abstimmungsvorlage über die Zukunft der Altersversorgung berücksichtigt gewesen sei. Die budgetierte Abgeltung beruhe auf einer Vereinbarung zwischen dem Altersheimverein und der Gemeinde. Weil das Betagtenheim die Infrastrukturbeiträge nicht mehr für künftige Bauvorhaben auf die Seite legen muss, kann es diese als Abgeltung für die Nutzung des Landes, auf dem das Betagtenheim steht, der Gemeinde überweisen. Die Frage ob dieses Abzweigen von Infrastrukturbeiträgen der Pensionäre in die allgemeinen Mittel der Gemeindekasse rechtlich zulässig sei, konnte mir bis heute Morgen niemand sicher beantworten. Erst heute Morgen hat mir der Vorsteher des kantonalen Alters- und Behindertenamtes versichert, dass rechtlich nichts gegen die getroffene Regelung spreche. Er hat aber auch gesagt und lässt sich damit zitieren, dass er diese Regelung "unschön" finde und sie, wenn er Gemeindebürger oder vom Betagtenheim direkt betroffen wäre, in Frage stellen würde. Aber der Kanton könne da nichts machen. Auch der Geschäftsleiter des Verbands Berner Pflege- und Betreuungszentren vbb findet das Vorgehen rechtlich in Ordnung und in der Kompetenz des Betagtenheimvereins liegend. Aber auch er erinnert daran, dass die kantonal festgelegten Ansätze für den Infrastrukturbeitrag ausdrücklich als Obergrenze definiert sind. Das heisst, wenn ein Heim, aus welchen Gründen auch immer, diese Infrastrukturbeiträge nicht braucht, sollte es eigentlich die Tarife senken. Aus meiner Sicht wäre das der richtige Weg. Ich kann im Rahmen des Budgets wohl keinen entsprechenden Antrag stellen. Aber ich möchte den Gemeinderat bitten, die Pensionäre des Betagtenheims nicht über Gebühr als Einnahmequelle für unsere allgemeinen Finanzen zu beanspruchen und diese Problematik mit den Verantwortlichen des Betagtenheim-Vereins zu besprechen. Falls das Heim auch nächstes Jahr an der maximalen Belastung der Pensionäre für die Infrastrukturkosten festhält und wieder Hand bietet zu einer

grosszügigen Abgeltung an die Gemeinde, möchte ich anregen, zumindest einen Teil dieser Mittel für Zwecke einzusetzen, die unseren betagten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugutekommen. Nach dem Rückzug der Gemeinde aus der Verantwortung für das Betagtenheim bleiben Aufgaben, die in einer Gemeinde wie Zollikofen angepackt werden können und etwas kosten. Es würde sich lohnen, sich darüber neue Gedanken zu machen, sozusagen als Gegenleistung für den Zustupf, den wir den Pensionären im Betagtenheim verdanken, ansonsten wäre unser Budget noch einmal um rund eine Viertelmission schlechter, als es ohnehin schon ist.

Präsident: Wir befinden uns im Kapitel Soziale Wohlfahrt, weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte der Gemeinderat Stellung nehmen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Nur ganz kurz: Dies Einnahme, über welche wir infolge Änderung der Pflegefinanzierung erhalten, ist rechtens. Dies hat Bruno Vanoni richtig ausgeführt. Dieser Betrag setzt sich einerseits aus der Verzinsung der Restschulden welche gegenüber der Gemeinde noch bestehen und andererseits aus der Abgeltung des Landes, analog eines Baurechtszinses, zusammen. Eine aufwendige Renovation des Heimes ist ja nun nicht mehr nötig, und wäre mit diesem Betrag auch nicht möglich gewesen. Aus diesem Grund ist nun die Lösung eines Neubaus durch private Hand zustande gekommen. Ich werde den vorgebrachten Vorschlag aber gerne aufnehmen und dem Vorstand des Betagtenheims weiterleiten.

Konto 6 Verkehr, Seiten 17 bis 19

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich spreche zur Seite 18, Kapitel 622 Öffentliche Beleuchtung. An der letzten GGR-Sitzung wurde die Motion von Peter Kofel überwiesen, welche bestimmt, dass der Gemeinderat nur noch Energie aus erneuerbarer Quelle bestellen soll. Bei der BKW ist dies bekanntermassen möglich. Dieser erteilte Auftrag konnte für das Budget natürlich noch nicht berücksichtigt werden, das ist klar. Ich möchte daher den Antrag stellen, dass die entsprechenden rund Fr. 26'000.00 Mehrkosten, welche anfallen, wenn man nur noch Ökostrom bestellt, im Bereich der Elektrizität bei der öffentlichen Beleuchtung aber auch anteilmässig bei den öffentlichen Liegenschaften und Gebäuden der Gemeinde berücksichtigt. Es sind selbstverständlich noch weitere Rubriken betroffen, wenn man die einzelnen Liegenschaften der Gemeinde und der Schulen berücksichtigt. Ich stelle somit den Antrag, dass insgesamt für den Energiekonsum im Bereich Elektrizität Fr. 26'000.00 zusätzlich in das Budget aufgenommen werden.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Toni Oesch, FdU: Durch das Votum von Hans-Jörg Rhyn ist mir noch ein Gedanken gekommen und zwar hinsichtlich Seite 19 Konto 622.436.01. Im Kommentar ist dieses Konto nicht aufgeführt. Ich nehme an, hierbei handelt es sich um eine Zahlung der BKW oder um was handelt es sich hierbei? Nachdem die BKW unser Gesuch abgelehnt hat, bezahlen sie uns sicher nicht mehr so viel.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Es handelt sich nicht um die Entschädigung der BKW, diese ist weiter hinten zu finden. Hierbei, beziehungsweise beim Hauptbestandteil dieser Fr. 59'000.00 handelt es sich um eine Rückvergütung des Kantons für Strassenbeleuchtungen entlang der Staatsstrassen. Beim Rest handelt es sich zum Teil um Verrechnungen, bei welchem Privateigentum mit öffentlicher Beleuchtung versorgt werden.

Toni Oesch, FdU: Dann komme ich später noch auf diesen Posten noch zu sprechen.

Markus Burren, SVP: Seite 19 Konto 690.351.01. Es geht nicht um einen Antrag sondern um eine Feststellung. Der Lastenverteiler öffentlicher Verkehr hat um rund Fr. 190'000.00 zugenommen, wenn man den Voranschlag 2011 mit dem Voranschlag 2012 vergleicht. Woher

kommt diese Zunahme? Wir zahlen pro ÖV-Punkt neu Fr. 341.00, bis anhin mussten wir Fr. 329.00 bezahlen. Wir verfügen in Zollikofen über 2'874 ÖV-Punkte wenn man dies multipliziert erhält man einen grossen Betrag. Zudem bezahlen wir pro Einwohner. Bis anhin belief sich dieser Betrag auf Fr. 36.00, neu müssen wir Fr. 40.00 bezahlen. Was will ich damit sagen? Die ÖV-Punkte entstehen pro Bushaltestelle. Wir bezahlen auch pro Linie mehr. Es wird der Zeitpunkt kommen, da werden 1.5 Mio. Franken für den Öffentlichen Verkehr nicht mehr ausreichen. Der Öffentliche Verkehr ist nicht gratis, wie man dies oft hört und liest.

Präsident: Weitere Voten zu diesem Abschnitt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann möchte ich den Gemeinderat beziehungsweise Daniel Bichsel fragen wie man den Antrag der SP umsetzen muss, damit wir genau wissen, worüber wir abstimmen müssen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Der Betrag ist noch nicht im Budget einstellt, weil er rechtlich noch nicht beschlossen ist. Wenn der Betrag rechtlich beschlossen ist, wird er zu einer gebunden Ausgabe. Es ist somit effektiv nichts verloren.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Die Fr. 26'000.00 würden sich insgesamt auf 4 verschiedene Konten aufteilen. Bei der öffentlichen Beleuchtung betrifft dies Fr. 17'000.00, bei den Schulliegenschaften Fr. 6'850.00 und bei der allgemeinen Verwaltung würde dies Fr. 2'150.00 ausmachen. Ich denke diese Änderungen würden wir automatisch anpassen, wenn dieser Antrag angenommen würde. Es ist aber wichtig zu wissen, dass es in verschiedenen Konten Änderungen gäbe.

Präsident: Wir stimmen somit über diesen Antrag ab. Es betrifft somit keine spezifische Konto-Nummer sondern eine Erhöhung um Fr. 26'000.00 für die öffentliche Beleuchtung.

Der Antrag der SP wurde mit 22 zu 6 Stimmen angenommen.

Heinz Buser, FDP: Ich sehe den Grund für diese Abstimmung nicht ganz. Wir haben doch beschlossen, dass wir diesen Ökostrom anschaffen wollen und die Anpassungen erfolgen doch dann automatisch.

Präsident: Die Motion wurde lediglich als erheblich erklärt.

Konto 7 Umwelt und Raumordnung, Seiten 19 bis 23

Toni Oesch, FdU: Zur besseren Orientierung empfehle ich den Bestand der jeweiligen Spezialfinanzierungen im Kommentar anzugeben, man muss dann nicht in der Rechnung des Vorjahres die entsprechende Position suchen. Die Wasserversorgung hat einen Bestand von rund 3.6 Mio. Franken, die Abwasserentsorgung rund 2.8 Mio. Franken und die Abfallentsorgung Fr. 952'400.00.

Präsident: Weitere Bemerkungen aus dem Rat?

Elisabeth Wendelspiess, SP: Ich habe einen Antrag zum Thema Friedhof und Bestattung auf Seite 22 Konto 740.315.01 Unterhalt Friedhof. Es geht um das Erstellen der Grabstätte für Engelskinder. Ihr wisst, dass ich letztes Jahr im September das Postulat mit dem Namen "Gedenkstätte oder Gemeinschaftsgrabe für Engelskinder" eingereicht habe. Das Parlament hat meinen Vorstoss unterstützt. Ihr wisst auch, dass ich als Mitglied der Sicherheitskommission die Umsetzung dieses Vorstosses mitverfolgt und unterstützt habe. Die Sicherheitskommission hat für das vorliegende Budget beschlossen Fr. 20'000.00 für die Realisierung der Grabstätte zu beantragen, um dieses spezielle Projekt noch vor der Gesamtfriedhofsplanung realisieren zu können. Das wäre technisch gut machbar und das Postulat wäre auch viel schneller umsetzbar. Dabei hat man sich am Projekt von Köniz orientiert. Die Finanzkommission musste diesen Betrag aufgrund von Budgetweisungsproblemen leider streichen und darum findet man diesen Betrag von Fr. 20'000.00 auch nicht in der Rechnung. Ich

könnte dem Parlament nun langfädig von all den Stolpersteinen erzählen, welche das traurige Thema von früh verstorbenen Kindern und ihren Familien im sozialen Leben, im Gesundheitssektor und in der Politik nach sich zieht. Ich habe dies alles am eignen Leib erfahren. Ich verzichte darauf. In Köniz konnte man im März 2011, also in diesem Jahr, das neue Grab für Engelskinder enthüllen. In der Zeitung konnte man lesen, dass die Kollegin, welche dort das Postulat initiiert hat folgendes gesagt hat: "Es sei schwierig gewesen ein solch emotionales Thema in einen nüchternen politischen Vorstoss zu packen". Darum mache ich es jetzt kurz: Ich beantrage dem Parlament die ursprünglich vorgesehenen Fr. 20'000.00 in das Budget aufzunehmen. Laut Finanzverwalter ist das an dieser Stelle möglich. So kann das Parlament der geplanten Grabstätte zum Durchbruch verhelfen. Da das Parlament die Fr. 20'000.00 betreffend Feuerwehr bedauerlicherweise gestrichen hat, wäre dieser Betrag nun frei. Ich bitte das Parlament zu bedenken, dass die toten Kinder keinen Kommandant, kein Facebook und auch keine Lobby haben, welche ihnen zur Seite steht. Das Parlament hat es nun in seiner Hand und auch seinem Herzen aus diesen trockenen Zahlen einen realen Begegnungsort für Familien von früh verstorbenen Kindern zu schaffen. Ich werde mich auf jeden Fall weiterhin dafür einsetzen und danke dem Parlament für seine Unterstützung.

Markus Burren, SVP: Als Mitglied der Finanzkommission fühle ich mich angesprochen. Zum wiederholten Male: Die Finanzkommission kann nicht selber Streichungen vornehmen, sie stellt lediglich Anträge auf Streichung. Die angesprochenen Fr. 20'000.00 werden auch nicht der Spezialfinanzierung Feuerwehr für dieses Projekt eingesetzt, auch wenn das Parlament dem Antrag nun folgen sollte. Dies nur als Richtigstellung.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat zu diesem Thema? Der Gemeinderat hat das Wort.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Die Ausführungen von Elisabeth Wendelspiess sind natürlich richtig. Im Frühling haben wir den Friedhof in Köniz besichtigt und haben mit den Verantwortlichen gesprochen und sind so auf den Betrag von Fr. 20'000.00 gekommen. Bei der Budgetierung verfügten wir noch über keine konkrete Offerte. Dieser Antrag der Finanzkommission war berechtigt und der Gemeinderat konnte nicht anders, als diesem Folge leisten. Was passiert wenn dieser Betrag im Budget aufgenommen wird? Die Sicherheitskommission hat die Möglichkeit die Engelsgräber im nächsten Jahr zu realisieren. Wenn der Antrag abgelehnt wird, müssen wir den nächsten Budgetprozess abwarten. Denn meinem Empfinden nach, werden wir einen Nachkredit nur schwer vertreten können. Somit entscheidet nun das Parlament, ob wir dieses Projekt nächstes Jahr realisieren können oder erst im Jahr 2013.

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Konto 740.315.01, eine Aufstockung um Fr. 20'000.00. Das heisst der Kontobestand würde neu Fr. 23'700.00 betragen.

Der Antrag der SP wurde mit 25 zu 2 Stimmen angenommen.

Konto 8 Volkswirtschaft, Seiten 23 bis 24

Toni Oesch, FdU: Seite 24, Rubrik 860, Konto 860.410.00 Gemeindeabgabe BWK Energie AG im Betrag von Fr. 452'000.00. Ich habe schon früher bei der BWK angefragt, wie sich dieser Betrag zusammensetzt. Damals wollte mir dies niemand sagen, es ist ein Geheimnis. Das ist auch heute noch so. Wenn man nun eine grössere Abgabe verlangt, wird die BKW diese nicht auszahlen. Wir können froh sein, wenn noch eine Abgabe ausbezahlt wird. Nun, da ich schon das Wort habe, möchte ich noch etwas zum Gas sagen. Rubrik 861. Man konnte lesen, dass in der Schweiz wegen des starken Frankens die Kilowattstunde generell um 0.7 Rappen gesenkt wird. Beim Gaspreis handelt es sich ohnehin um einen politischen Preis, wenn der Ölpreis steigt, steigt auch der Gaspreis und umgekehrt auch.

Marceline Stettler, GFL: Seite 24, Position 861.362.01. Hier handelt es sich um die Senkung des Gaspreises. Die GFL ist nicht grundsätzlich gegen die Senkung des Gaspreises. In der

Spezialfinanzierung befindet sich tatsächlich zu viel Geld. Aber die GFL ist der Ansicht, dass es ökologisch nicht optimal ist, wenn man einfach nur den Preis senkt und keine anderen Massnahmen dazu trifft. Wir haben aus diesem Grund eine Interpellation vorbereitet und werden diese heute Abend einreichen. Diese Interpellation zeigt auf, wieviel Spielraum das Reglement der Spezialfinanzierung eigentlich für sinnvolle Sachen aufweist. Sachen nota bene für die Gasbezügler. Wir möchten dem Gemeinderat ans Herz legen, diesen Spielraum auszuschöpfen und nicht nur einfach den Preis zu senken.

Präsident: Weitere Voten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich der Gemeinderat äussern? Das ist nicht der Fall.

Konto 9 Finanzen und Steuern, Seiten 24 bis 26

Toni Oesch, FdU: Bei den allgemeinen Beratungen habe ich auf den Steuerfuss aufmerksam gemacht. Den Antrag auf Steuerfuss-Senkung werde ich anlässlich der Schlussabstimmung einreichen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu diesem Abschnitt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit haben wir diese Detailberatung abgeschlossen.

Produktbudget 2012 für die Sekundarstufe I (Konto 212)

Präsident: Dann kommen wir zum Produktbudget 2012 für die Sekundarstufe I. Wir gehen das Budget produkteweise durch. Gibt es Bemerkungen zum Produkt 1?

Thomas Ackermann, GPK: Ich habe eine Bemerkung der GPK anzubringen. Die GPK hat festgestellt, dass die neuen Leistungsziele respektive Indikatoren transparent aufgeführt sind. Auf der anderen Seite fehlt ein entsprechender Hinweis, dass in der Produktegruppe 1 auf Seite 2 ein bisheriges Leistungsziel, 1.8, weggelassen wurde. Diese Änderung sollte in der Tabelle deklariert werden, um keine Verwechslungen mit dem neuen Leistungsziel 1.8 zu verursachen. Auf Seite 8 zu Leistungsindikator 3.7. Dieser ist gemäss vorgängig eingeholter Auskunft der Schulleitung Sekundarstufe I unvollständig formuliert. Neben Eltern sollten auch Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler aufgezählt werden.

Präsident: Somit sind alle Bemerkungen der GPK angebracht worden und wir gehen das Budget nun produkteweise durch. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 1? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 2 "Kultur und Projekte"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 3 "Gesundheit und Soziales"? Das ist nicht der Fall. Produkt 4 "Information und Zusammenarbeit"? Das ist auch nicht der Fall. Somit haben wir die Detailberatungen abgeschlossen und kommen zu den Schlussabstimmungen. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

Abstimmung

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschliesst der Rat mit 34 gegen 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (anwesend Ratsmitglieder 35, Vorsitz stimmt nicht mit):

Die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2012 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2012 von Fr. 379'420.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Voranschlag 2012, genehmigt.

Präsident: Nun kommen wir zu Buchstabe C. Hier kommt der Antrag von Herrn Oesch zum Tragen. Der Antrag will, dass anstelle des 1.40fachen des gesetzlichen Einheitssatzes, das 1.38fache des gesetzlichen Einheitssatzes eingesetzt wird. Wir werden zuerst diesen Antrag dem des Gemeinderates gegenüberstellen und dann die Schlussabstimmung durchführen. Hierzu noch das Votum des Gemeinderates.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich möchte vor der Abstimmung nur noch kurz sagen, was diese Steuersenkungen ausmachen würde: Es gäbe Fr. 290'000.00 weniger Steuereinnahmen. Dies gäbe ein Defizit, inklusive der neu beschlossenen Ausgaben, von Fr. 381'650.00.

Präsident: Danke für diese Zusatzinformationen. Ich gehe davon aus, dass Voten aus dem Rat während der allgemeinen Runde angebracht wurden. Ist das richtig oder konnte sich jemand nicht äussern? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung:

Für den Antrag der FdU: 2 Stimmen

Für den Antrag des Gemeinderates: 32 Stimmen

Der Antrag der FdU wurde mit 32 zu 2 Stimmen abgelehnt und somit der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Präsident: Somit bleibt der Steuerfuss bei 1.40. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

C) Zu Handen der Stimmberechtigten beschliesst der Rat mit 33 gegen 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 35, Vorsitz stimmt nicht mit):

- 1. Der Voranschlag für das Jahr 2012 wird genehmigt.**
- 2. Für das Jahr 2012 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:**
 - a. Ordentliche Steueranlage: das 1,40fache der gesetzlichen Einheitssätze;**
 - b. Liegenschaftssteuern: 1,0‰ des amtlichen Wertes;**
- 3. Die Hundetaxe im Jahr 2012 beträgt Fr. 100.00 für jedes Tier**

Präsident: Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch. Die GPK kann ihre Bemerkungen zu Beginn anbringen.

Hannah Einhaus, GPK: Die GPK hat nur wenige Bemerkungen anzubringen. Auf der Seite 1 unter "Das wichtigste in Kürze": In der Klammer heisst es "Voranschlag 2010", es müsste aber "Voranschlag 2011" heissen. Auf der Seite 7 unter dem Titel "Volkswirtschaft" im zweiten Absatz muss in der Klammer noch das Wort "Vorjahr" vor dem entsprechenden Frankenbetrag zu stehen kommen. Ausserdem muss im gleichen Abschnitt erwähnt werden, dass die verstärkte kommunale Tarifsenkung 0,9 Rappen pro Kilowattstunde beträgt.

Präsident: Soweit die Bemerkungen der GPK. Wir gehen die Botschaft nun seitenweise durch. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat zur Seite 1? Das ist nicht der Fall.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 2? Das ist nicht der Fall.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 3? Das ist nicht der Fall.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 4? Das ist nicht der Fall.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 5? Das ist nicht der Fall.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 6?

Thomas Ackermann, CVP: Es geht um die Tageskarte Gemeinden? Ist der neue Preis bekannt, und wenn ja möchte ich gerne, dass dieser Preis in der Botschaft abgedruckt wird.

Toni Oesch, FdU: Seite 6 Umwelt und Raumordnung. Hier sind die Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung. Ich mache die Anregung, so wie ich dies auch beim Kommentar vorgeschlagen habe, dass man den Bestand der Spezialfinanzierungen aufführt. So kann sich der Bürger auch ein Bild machen, ob in einem Bereich noch Reserven vorhanden sind oder nicht.

Präsident: Die Verwaltung wird dies gegebenenfalls sicher anpassen.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Auf Seite 6 wäre es im vorletzten Abschnitt sicher sinnvoll, wenn man etwas über die Engelsgräber schreiben würde.

Präsident: Ich gehe die drei Punkte durch und frage das Parlament an, ob sie bestritten sind. Beim ersten Punkt ging es um die Tageskarten. Thomas Ackermann möchte eingefügt haben, wie teuer diese sind.

Thomas Ackermann, CVP: Wenn der Preis bekannt ist, kann man diesen einfügen.

Präsident: Ist das bestritten im Rat? Das ist nicht der Fall. Somit wird die Botschaft entsprechend ergänzt. Toni Oesch möchte, dass der Bestand der Spezialfinanzierungen aufgenommen wird. Gibt es Voten hierzu? Das wird nicht bestritten. Elisabeth Wendelspiess möchte gerne einen Satz betreffend der Engelskinder eingefügt haben. Ist ebenfalls nicht bestritten.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 7?

Bruno Vanoni, GFL: Eine Anregung an das Büro: Die Mehrausgaben für den Ökostrom sollte man am passenden Ort in der Botschaft erwähnen. Dies finde ich hinsichtlich des Betrages angemessen.

Präsident: Weitere Punkte zu Seite 7?

Toni Oesch, FdU: Ich spreche zum zweitletzten Absatz betreffend bernischer Finanz- und Lastenausgleich. Wenn der Bürger das liest, kann er nicht genau erkennen, ob wir nun mehr bezahlen müssen oder ob wir Geld erhalten. Man könnte am Schluss dieses Absatzes, als letzten Satz einfügen: "Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der Finanz- und Lastenausgleich für Zollikofen saldoneutral auswirken werde". Ich denke mit einem solchen Satz wird die ganze Thematik klarer.

Präsident: Weitere Punkte zu Seite 7? Das ist nicht der Fall. Ist es bestritten, dass bezüglich die Mehrkosten für den Ökostrom in der Botschaft nach dem Vorschlag von Bruno Vanoni thematisiert werden? Das ist nicht der Fall. Dann, der Vorschlag von Herrn Oesch, dass der Finanz- und Lastenausgleich saldoneutral ist? Das ist auch nicht bestritten.

Präsident: Bemerkungen zu Seite 8? Anschliessend an Seite 8 werden ausschliesslich Tabellen und Grafiken aufgeführt. Möchte sich hierzu jemand äussern?

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 8, unter dem Titel "Investitionsrechnung" werden die grösseren Vorhaben aufgeführt. Unter anderem ist dort auch der Neubau der Gemeindeverwaltung aufgeführt. Die aufgeführten Kosten hierzu belaufen sich auf Fr. 150'000.00. Ein Neubau der

Gemeindeverwaltung für Fr. 150'000.00 wäre etwas gar günstig. Hier wäre es sinnvoll, dass man hinter dem Betrag eine Klammer mit dem Wort "Planung" einsetzen würde.

Präsident: Können Sie mir noch kurz sagen auf welcher Seite Sie sind?

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 8.

Präsident: Seite 8, danke. Ist dieser Vorschlag bestritten?

Bruno Vanoni, GFL: Der Vorschlag ist nicht bestritten. Wenn man aber dies nun eingrenzt und schreibt, dass es sich lediglich um eine Planung handelt, müsste man bei anderen aufgeführten Positionen sagen, es handle sich lediglich um einen Teil der Investition. Dies gilt wohl für die Sanierung der Mehrzweckhalle Geisshubel und allenfalls noch für andere Positionen. Es sind jeweils nur die effektiven Jahrestanchen. Ich bin der Ansicht, dies könnte auch das Ratsbüro beurteilen und bei Bedarf entsprechend ergänzen.

Präsident: Gibt es hierzu Wortmeldungen?

Markus Burren, SVP: Es heisst ja ganz klar was diese Positionen bedeuten und zwar mit dem folgenden Einleitungssatz: "Die Investitionsabsichten für das kommende Jahr sind im Investitionsbudget festgehalten".

Hans-Jörg Rhyn, SP: Es ist schon klar, dass sich diese Investitionen auf das nächste Jahr beziehen. Aber wenn man liest: "Neubau Gemeindeverwaltung, 0.15 Mio. Franken", dann muss man festhalten, dass mit diesen Fr. 150'000.00 kein neues Verwaltungsgebäude erstellt werden kann. Es handelt sich hier um ein Projekt oder zumindest um ein Vorprojekt. Man könnte zumindest das in Klammer hinzufügen.

Präsident: Die Information welche das Parlament zusätzlich einfügen möchte ist die, dass weitere Kosten anfallen werden. Es muss klar zum Ausdruck kommen, dass sich diese Kosten nur auf das nächste Jahr beziehen. Ist es im Rat bestritten, dass wir versuchen dies in der Botschaft klar darzustellen? Das ist nicht der Fall. Somit ist diese Botschaft bereinigt. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Abstimmung

C) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird mit Anpassungen genehmigt.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Ich möchte gerne den Ball von Susanne Meierhans betreffend Einsatzfahrzeug "Lotti" der Feuerwehr aufnehmen. Dieses Geschäft wird Bestandteil der November-Sitzung sein. Wir möchten dem Parlament gerne das "Lotti" zeigen. Wir müssen noch schauen wie wir dies genau machen. Mit der Einladung für die nächste GGR-Sitzung wird ein entsprechendes Beiblatt verschickt, auf welchem Ort und Zeit für die Besichtigung des Lotti aufgeführt sein wird.

73 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Peter Traber "Günstiger Wohnraum in Zollikofen"

"Im vorliegenden Politikplan des Gemeinderates ist folgender Schwerpunkt definiert: "Wir finden in der Nähe, was wir zur Gestaltung des Lebens brauchen." Damit dieses Ziel erreicht wird, ist günstiger Wohnraum eine zentrale Voraussetzung. Massnahmen zur Sicherstellung von günstigem Wohnraum sind indessen keine definiert.

Wir gelangen deshalb mit folgenden Fragen an den Gemeinderat:

1. Wie sind die Wohnraumkosten in Zollikofen im Vergleich mit den umliegenden, stadtorientierten Gemeinden?
2. Welche Massnahmen auf Stufe Gemeinde zur Sicherstellung von günstigen Wohnungen bestehen bzw. sind eingeplant?
3. Wie weit ist das Anliegen "Aufbau und Erhalt von günstigem Wohnraum" in der Ortsplanung berücksichtigt?
4. Ist geplant den Politikplan mit geeigneten Massnahmen zu ergänzen?
5. Wurde die Frage bez. Günstigem Wohnraum in der Regionalkonferenz thematisiert, ggf. mit welchen Schlussfolgerungen?

Peter Traber"

74 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend
"Gasversorgung im Einklang mit energiepolitischen Vorgaben?"**

"Am 1. Januar 2012 tritt das neue Energiegesetz des Kantons Bern (KEnG) in Kraft. Es setzt unter anderem die kantonale Energiestrategie 2006 um. Diese strebt eine klimaschonende Energieversorgung an, setzt auf einheimische und erneuerbare Energie und will – gemäss einer ausdrücklichen Vorgabe des Grossen Rates – die Ablösung (Substitution) von Erdöl durch Erdgas nicht länger fördern lassen. Im neuen Energiegesetz wird deshalb festgehalten, dass die Gemeinden in Zukunft nicht mehr vorschreiben dürfen, dass Gebäude in bestimmten Gebieten an das Gasverteilnetz anzuschliessen sind. Allenfalls bereits geltende Gemeindevorschriften mit diesem Inhalt sind in spätestens zehn Jahren nicht mehr anwendbar (KEnG Art. 72 Abs. 3). Kommunale Anschlusspflichten für Fernwärmenetze bleiben jedoch zulässig, auch wenn diese mit Gas betrieben werden (KEnG Art 13). *Neue* Heizzentralen für Fernwärmenetze, die mit Gas oder Öl betrieben werden, müssen als Wärmekopplungsanlagen (WKK) funktionieren und somit neben Wärme auch Strom produzieren (KEnG Art. 45). Diese Vorschrift erhält nach den Beschlüssen von Bundes-, National- und Ständerat, aus der Atomenergie auszusteigen, zusätzliches Gewicht. Diese neuen Vorgaben auf Kantons- und Bundesebene wie auch die selbstaufgelegte Verpflichtung als Energiestadt werfen für die Gemeinde Zollikofen die Frage auf, ob und wie weit die örtliche Gasversorgung den übergeordneten Vorschriften und Zielsetzungen noch entspricht. Insbesondere stellt sich die Frage, ob das geltende Reglement über die Gasversorgung, das an erster Stelle die Förderung des Gasabsatzes bezweckt, geändert werden muss. Ebenso ist aus energiepolitischer Sicht zu prüfen, ob die bisherige, finanztechnisch begründete Verbilligung des Gaspreises durch die Gemeinde künftig undifferenziert weitergeführt werden darf. Um eine transparente Information sicherzustellen und eine breite, fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen, bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1.1. Gemäss geltendem Reglement fördert die Gemeinde Zollikofen den Gasabsatz aktiv, u.a. durch „entsprechende Planungsaufgaben bei Industrie-, Gewerbe und Grossüberbauungsanschlüssen“, durch weitere, durch die zuständige Kommission beschlossene Massnahmen sowie durch finanzielle Mittel aus der Spezialfinanzierung Gasversorgung. Welche

Massnahmen und Mittel hat die Gemeinde in den letzten Jahren zur Förderung des Gasabsatzes eingesetzt?

1.2. Betrachtet der Gemeinderat solche Massnahmen, insbesondere die Weiterführung der Tarifsenkung, nach Inkrafttreten des kantonalen Energiegesetzes noch als sinnvoll und zulässig?

1.3. Plant der Gemeinderat eine Revision des Gasversorgungsreglements wie auch des Baureglements (bezüglich der künftig nicht mehr zulässigen Anschlusspflicht ans Gasversorgungsnetz), um den Vorschriften des neuen Energiegesetzes verstärkt Rechnung zu tragen?

2.1. Gemäss geltendem Reglement (Art. 6, Abs. 3, Buchstabe c) kann die Gemeinde Zollikofen seit Ende 1999 mit finanziellen Mitteln aus der Spezialfinanzierung „spezielle Gasanlagen“ wie Blockheizkraftwerke (basierend auf WKK), Gastankstellen usw. fördern. Trifft es zu, dass die Gemeinde bisher von dieser Möglichkeit keinerlei Gebrauch gemacht hat?

2.2. Wenn ja, warum?

2.3. Wenn nein, welche Mittel wurden für welche Massnahmen eingesetzt?

3.1. Ist der Gemeinderat bereit, künftig Ertragsüberschüsse aus der Gasversorgung bzw. Mittel aus deren Spezialfinanzierung im Sinne der erwähnten Bestimmung einzusetzen?

3.2. Wie beurteilt der Gemeinderat die Lancierung eines Förderprogramms, um insbesondere:

- konventionelle Öl- und Gasheizungen durch gasbetriebene Wärmekraftkopplungsanlagen zu ersetzen,
- Fernwärmeversorgungen auszubauen,
- die freiwillige CO₂-Kompensation zu fördern und/oder
- den Wärmebedarf vermehrt durch Sonnenenergie und andere erneuerbare Energieträger (insbesondere Biogas) zu decken?

4.1. Die Gasversorgung beruht in Zollikofen wie die Stromversorgung auf einem Monopol, wie es für leitungsgebundene Energieträger auch ökonomisch sinnvoll sein kann. Gas und Strom werden im Gemeindebudget als einzige Energieträger im Kapitel Volkswirtschaft aufgeführt. Doch während für die Stromlieferungen jährlich fast eine halbe Million Franken als Entschädigung für die Benutzung des öffentlichen Grundes in die Gemeindekasse fliesst, erhält die Gemeinde von den Gasbeziehenden nichts. Diese finanzieren bloss indirekt und minim die jährliche Gewinnablieferung mit, welche die Gaslieferantin ewb in die Kasse der Stadt Bern entrichtet. Ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass die Gasbeziehenden gleich wie die Strombezüger behandelt werden sollten und folglich eine gewisse Abgeltung für das Gasmonopol und die Benutzung des öffentlichen Grundes in die Gemeindekasse leisten sollten?

Teilt der Gemeinderat die Meinung, dass eine solche Abgeltung oder ein Anteil aus dem Gewinn der Gasversorgung in Zollikofen der Gemeindekasse von Zollikofen zugutekommen sollte – und nicht der Stadtkasse?

Zollikofen, 19. Oktober 2011

Bruno Vanoni, Mitglied GGR, GFL-Fraktion"

Präsident: Damit sind wir am Ende dieser Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet am 23. November statt. Wegen des anschliessenden Jahresschlussessens in der Schule für Blinde und Sehbehinderte beginnt diese Sitzung bereits um 18.00 Uhr. Um ca. 20.00 Uhr werden wir uns in Richtung Schule begeben, wo das Abendessen stattfinden wird. An die Mitglieder des Ratsbüro noch die Information, dass die Sitzung vom 24. Oktober 2011 stattfinden wird. Ich danke allen für die Mitarbeit und wünsche eine erholsame Nacht.